

Analytischer Bericht
der Gemeinderatssitzungen
Compte rendu analytique
des séances du conseil communal

No 6/2024

Sitzung vom / Séance du 13.12.2024



TAGESORDNUNG

der Sitzung vom Freitag, dem 13. Dezember 2024

IN ÖFFENTLICHER SITZUNG

- | | | |
|-----|---|-----|
| I. | Stellungnahmen der Gemeinderäte zum Budget 2025 | 568 |
| II. | Umweltbericht 2021/2022 und Umweltaktionsplan | 580 |

Zum Livestream-Archiv
der Sitzungen des
Gemeinderates:



Bürgermeisterin Lydie POLFER leitet die Sitzung. Der Namensaufruf ergibt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates.

In öffentlicher Sitzung

I. STELLUNGNAHMEN DER GEMEINDERÄTE ZUM BUDGET 2025

Rat Robert PHILIPPART (DP): Meine Glückwünsche an Frau Costantini für den hervorragenden Budgetbericht, den sie zusammen mit der Finanzkommission und den zuständigen Dienststellen erstellt hat. Die Analyse des finanziellen und ökonomischen Kontextes ist klar und vollständig. Mit Blick auf die Entwicklung der Stadt hin zu einer Smart City hat Rätin Costantini die Herausforderungen der Digitalisierung quer durch die Dienststellen analysiert. Ich danke ihr für diese Herangehensweise, denn die Digitalisierung und die Entwicklung zu einer Smart City zählen zu den absoluten Prioritäten für die Zukunft.

Wie in den Vorjahren haben wir es mit einem Budget zu tun, das ein gesundes Gleichgewicht zwischen Vorsicht und Investitionen hält. Es spiegelt die im Koalitionsabkommen eingeschriebenen Prioritäten wider und zeigt, dass der Schöffenrat eine klare Vision hat, wie die Stadt sich weiter entwickeln soll. Auch in einem schwierigen Kontext wuchs die Bevölkerung unserer Stadt um 2.000 neue Einwohner. Ohne eine Politik, welche die Attraktivität der Stadt stärkt, wäre dies nur schwer möglich. Man kann Zahlen und Prioritäten nebeneinanderlegen und den finanziellen Impact messen, egal ob in der Sozialpolitik, den Bereichen Mobilität, Umwelt, Energie, städtische Entwicklung, Grünflächen, Schulen und Kinder, Kinderkrippen, Kreislaufwirtschaft oder Organisation der Verwaltung. Kein Punkt der Schöffenratserklärung wird ausgelassen. Dies zeugt davon, dass die Stadt auf eine professionelle und zuverlässige Art und Weise geführt wird. Bei den Prioritäten werden nichtsdestotrotz Akzente gesetzt, insbesondere im Wohnungsbau, von dem soziale Fragen, die Attraktivität und die Entwicklung und Gesundheit der Betriebe abhängen. Genauso wichtig sind der soziale Bereich, unsere Jugend, unsere älteren Mitmenschen und unsere Familien. Für das Festhalten an einer Vision, den vorsichtigen Umgang mit den Finanzen und die Flexibilität bei Notsituationen kann ich den Schöffenrat nur beglückwünschen. Man kann das Budget 2025 mit ruhigem Gewissen mittragen.

Ich begrüße den Umstand, dass die Stadt der Schaffung von Wohnraum eine besondere Priorität einräumt und wir über 618 erschwungliche Wohnungen, 128 möblierte Zimmer sowie zwei Unterbringungsstrukturen mit 27 Einheiten verfügen. 229 Millionen Euro sind für den Bau und die Renovierung von Gebäuden vorgesehen. Es ist besonders erfreulich, dass die Investitionen in die Schaffung von Wohnraum auf einem hohen Niveau gehalten werden, denn die Attraktivität unserer Stadt beruht auf ihrer Lebensqualität. Der Schöffenrat hat richtig erkannt, dass die Stadt den Wohnungsbau nicht allein vorantreiben kann, ansonsten unser Wirtschaftsmotor auf einmal ins Stottern geraten kann, und dann eines Tages die Mittel fehlen könnten, um die notwendigen Investitionen tätigen zu können, auch im sozialen Bereich. Wir haben gehört, dass mit der ersten Welle der Bau ins Stocken geraten ist, eine Welle, die nun auch die Betriebe des Bausektors erreicht hat. Dank der hohen Investitionen der Stadt Luxemburg können wir zusammen mit der Regierung diesen Dominoeffekt abbremsen. Ich werde nicht weiter auf diesen Punkt eingehen, da die Kolleginnen und Kollegen sicherlich noch auf diese Problematik sowie auch auf die Bereiche Schule, Mobilität und Umwelt zu sprechen kommen werden.

Stattdessen möchte ich auf Punkte eingehen, über die allgemein weniger geredet wird, die aber dennoch wichtig für eine Stadt sind: Kultur und die Pflege des Gedächtnisses unserer Stadt. Die Stadt bietet Arbeitsplätze an und stärkt ihre Dienststellen. 54 neue Arbeitsplätze wurden intern geschaffen, davon allein 31 Stellen im kulturellen Bereich. Im Jahr 2022 zählte die Stadt Luxemburg 439 Arbeitsplätze in ihren Theatern und Museen, in der Kinemathek, der Fotothek, dem Konservatorium, der städtischen Bibliothek, dem Kulturdienst und im *Service Événements, Fêtes et Marchés*. Im Jahr 2024 zählt die Stadt 482 Arbeitsplätze im Kultursektor. Wir alle wissen um die Wichtigkeit unseres Konservatoriums und daher ist es klar, dass hier die meisten Stellen geschaffen wurden. Es sagt viel aus, dass im Jahr 2022 9,7 % des Personals in den genannten Institutionen gearbeitet haben. Im Jahr 2024 sind es 11,17 %. Es ist bemerkenswert, dass die Zahl der Mitarbeiter in allen genannten kulturellen Dienststellen und Institutionen gestiegen ist. Ich möchte den Schöffenrat für die Unterstützung des Kultursektors, der so wichtig ist für die Kohäsion und die Demokratie in unserer Gesellschaft, beglückwünschen.

Die Archive der Stadt Luxemburg sind gut aufgestellt. Die Digitalisierung der Dokumente schreitet gut voran. Der Suchmotor der Archive ist sehr effizient und erlaubt einen leichten Zugang für wissenschaftliche Forschung. Die Plattform der Archive, die über Suchbegriffe funktioniert, Bestellungen aufnimmt und wichtige Dokumente numerisch zur Verfügung stellt, illustriert bestens, was alles zu einer Smart City gehört. Es ist zu begrüßen, dass für die Umsetzung des Projektes zur Ansiedlung der Archive in der Rue des Bains eine weitere Tranche von 800.000 Euro vorgesehen ist. Es ist eine gute Entscheidung, das Gedächtnis der Stadt Luxemburg in einem historischen Gebäude im Stadtzentrum und nicht am Stadtrand unterzubringen. Das Gedächtnis einer Stadt muss sichtbar und zugänglich sein, um Wurzeln schlagen zu können, damit das Heute verstanden und das Morgen geplant werden kann. Die Renovierung der früheren Porte-Neuve-Kaserne, die auf der Grundlage einer soliden Bauanalyse in Angriff genommen wird, ist zu begrüßen. Die Tatsache, dass es der Stadt gelingt, diskret auch noch Fotovoltaik im historischen Zentrum der Stadt zu installieren, ist auch wegweisend für andere Akteure, die im Bestand bauen wollen.

Den Theatern der Stadt Luxemburg, der Kinemathek und dem Konservatorium wird mit ihren Renovierungs- und Ausbauprojekten ein besonderer Stellenwert im Budget beigemessen. Auch bei der Planung der Kinemathek wird größter Wert auf den historischen Baubestand und die Stadtsilhouette gelegt. Das ordentliche Budget der Theater steigt um 2,6 %, das der beiden kommunalen Museen um 1,3 % und das des Konservatoriums um 3,7 %. Rätin Costantini hat die Wichtigkeit der Digitalisierung unterstrichen. In diesem Sinne freut es mich, dass sich die Ausgaben für Informatikmaterial für „Les 2 Musées“ im Vergleich zu 2023 verdreifacht haben und auf 91.000 Euro steigen. Die beiden Museen haben im digital-pädagogischen Bereich bereits viel geleistet und es ist zu begrüßen, dass der Schöffenrat bereit ist, diesen Weg weiter zu unterstützen.

Es gibt aber auch kleinere Dienststellen, die stagnieren, obwohl ihre Arbeit von großer Relevanz ist. Es sind dies die Cité-Bibliothek, der Cercle Cité und die Fotothek. Mit beschränkten Mitteln leisten sie Großes und ihre Mitarbeiter sind hoch motiviert. Es freut mich, dass zwischen 2022 und 2023 drei zusätzliche Stellen in der Fotothek geschaffen wurden. Es freut mich auch, dass die Ausgaben für die Fortbildung von 2.258 Euro (Konten 2023) auf 43.000 Euro steigen. Im Jahresbericht der Fotothek lesen wir aber auch, dass es ihr an Personal fehlt, vor allem an Personal mit bestimmten schulischen Kenntnissen. Es ist schade lesen zu müssen, dass die Fotothek nur langsam mit ihrer Datenbank vorankommt und

es im Gegensatz zum städtischen Archiv, zum Nationalarchiv oder zur Nationalbibliothek keine Suchmaschine für Fotos gibt. Zweifelsohne ist es nicht einfach, mehr als 7 Millionen Bild-dokumente zu inventarisieren und zum Teil zu digitalisieren. Dass es dennoch möglich ist, ein solches Projekt anzugehen, zeigen das Nationalarchiv, die Nationalbibliothek und auch die Archive der Stadt Luxemburg. Ich würde mir wünschen, dass die Personalressourcen und finanziellen Ressourcen der Fotothek weiter gestärkt werden. 2,5 Millionen Dokumente sind digitalisiert und 301.310 Fotos stehen digitalisiert zur Verfügung. Ein digitales Projekt kann der Öffentlichkeit auch in Etappen zugänglich gemacht werden. Fotos online aussuchen und bestellen, Fotos online zahlen und online erhalten, das alles sind moderne Dienstleistungen. Ich begrüße, dass die Fotothek punktuell, aber erfolgreich in den sozialen Medien unterwegs ist und periodisch Bilder online setzt. Es gibt einen großen Rush auf historische Bilder aus der Fotothek und aus Privatfonds. Ob dies rechtmäßig ist oder nicht – wir müssen damit leben. Eine Online-Plattform der Fotothek mit Hinweisen über die Nutzung der Bilder kann diese Nachfrage besser kanalisieren. Die Nationalbibliothek und die Nationalarchive haben aus diesem Grund Fonds mit lizenzfreien Bildern online gesetzt. Das fehlt noch bei der Fotothek, die dafür nicht über ausreichende Mittel verfügt. Historische Fotos der Stadt Luxemburg, die in den sozialen Medien gepostet werden, erwecken bei vielen Internet-Nutzern Erinnerungen, sind aber auch eine neue Informationsquelle für Historiker. Umso wichtiger ist es, die Fotothek zu unterstützen und ihre lizenzfreien Fonds prioritär online zu setzen. Schade, dass die außerordentlichen Ausgaben bei 0 stagnieren und die ordentlichen Ausgaben lediglich um 0,3 % steigen. Umso erfreulicher ist es, dass im Vergleich zu den Konten 2023 auf Ebene der außerordentlichen Ausgaben 10.000 Euro mehr für den Erwerb von Kunstwerken vorgesehen sind. Die im Posten „Transformations et grosses réparations des bâtiments à usage propre“ vorgesehenen Ausgaben steigen von 3.857,94 Euro (Konten 2023) auf 110.000 Euro. Wäre es möglich, zusätzliche Informationen zu diesem Thema zu erhalten?

Ich begrüße die vielen Anstrengungen, die in der städtischen Bibliothek unternommen werden: neue Logos, Newsletter, neues Marketing, hervorragendes Internetportal in drei Sprachen, Zugang über eine App, die eine schnelle Büchersuche und ein schnelles Bestellen von Büchern ermöglicht. Die Bibliothek ist 44 Stunden pro Woche geöffnet – eine Leistung, die deutlich zeigt, welche Akzente die Stadt auf die Kultur legt. In der Bibliothek stehen den Nutzern 35 PC-Arbeitsplätze und Steckdosen für private Laptops sowie eine Stunde kostenloser Zugang zum Internet zur Verfügung. Die städtische Bibliothek ist mit dem Netzwerk *a-z.lu* verbunden. E-books und Audio-books stehen zur Verfügung und auch die fortschrittliche Dienstleistung *menu.lu*, um Filme in drei Sprachen kostenlos hochladen zu können. „Mardi littéraire“, „Summer an der Stad“, „d' Stad liest“, „Atelier Tuffi“ für die Jugend, der pädagogische Koffer für die Kinderkrippen, stellen ein hervorragendes Angebot dar. Warum steigt das ordentliche Budget lediglich um 0,3 % – das außerordentliche Budget steigt nicht –, so dass der Erwerb von Büchern aus allen Sparten nicht erhöht wird? Auch hier würde ich mir wünschen, dass die Investitionen in Zukunft auf einem höheren Niveau liegen würden.

Mit großem Interesse habe ich gelesen, dass 5,8 Millionen Euro in die Kulturzentren der Stadt Luxemburg investiert werden. Die Kulturzentren sind die Herzen unserer lokalen Vereine und des Vereinslebens in den Stadtteilen. Die außerordentlichen Ausgaben steigen um 0,8 %. Um welche Art von Arbeiten handelt es sich dabei? Laufen wir nicht Gefahr, dass das eine oder andere Kulturzentrum wegen Bauarbeiten geschlossen bleiben muss? Das Auditorium des Konservatoriums kann während der Renovierungs- und Modernisierungsarbeiten nicht genutzt werden, so dass der Druck der Events sich möglicherweise auf das eine oder andere Kulturzentrum auswirken könnte.

2025 sind es 150 Jahre her, dass die erste Trambahn in der Stadt Luxemburg gefahren ist. Trotz unserer bescheidenen Größe zählten wir damals zu den 15 ersten europäischen Hauptstädten, die eine Trambahn hatten. In Hollerich haben wir ein wunderbares Tram-Museum, das mit sehr viel Wissen und Liebe aufgebaut wurde. Das Museum zählt viele luxemburgische und ausländische Besucher. Das LCTO plant, Besuche des Tram-Museums in sein Touristen-Angebot aufzunehmen. Das Museum verdient es, im Rahmen des Projektes „Porte de Hollerich“ erhalten zu werden und ein pädagogisches Konzept zu entwickeln, das besser zum heutigen Zeitgeist passt. Im Budget finden sich leider keine Hinweise auf eine Vorstudie oder eine Studie in diesem Sinne. Kann es sein, dass die Ausgaben für ein solches Projekt in einem anderen Budgetposten integriert sind, oder wird eine Entscheidung erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen?

Es freut mich zu lesen, dass die Einnahmen aus der Kurtaxe steigen, obwohl für *Airbnb* noch nichts vorgesehen sein kann. Dies ist ein gutes Zeichen für unsere Wirtschaft. Genauso freut mich, dass die an das LCTO gewährten Subventionen von 3,7 auf 4,2 Millionen Euro steigen. Das LCTO leistet eine hervorragende Arbeit. Die Eröffnung des Pavillons am Place de la Constitution zeigt, dass das LCTO seinen Besucher-managementplan für den UNESCO-Tourismus umsetzt. Für 2025 ist eine neue Fortbildung für Touristenführer der Stadt Luxemburg vorgesehen. Das LCTO investiert in den Professionalismus seiner Mitarbeiter, die Botschafter unserer Stadt. Ich kann die Arbeit des LCTO daher nur voll und ganz unterstützen, genauso wie das vorliegende Budget 2025.

Rat François BENOY (déi gréng): Ich danke allen Verantwortlichen und Beamten, die in die Aufstellung des Budgets eingebunden waren. Mein Dank geht auch an die Budgetberichterstatte der Finanzkommission, Rätin Emilie Costantini. Smart City ist ein interessantes Thema, neu ist jedoch nicht. Schöffe Laurent Mosar hat nicht gut recherchiert, denn Schöffe Patrick Goldschmidt hatte sich bereits 2014 in seinem Budgetbericht mit dem Thema befasst.

Smart City bedeutet eine intelligente, vernetzte Stadt, die modernste Technologien nutzt und ihrer Bevölkerung eine breite Palette optimaler Dienstleistungen in verschiedenen Bereichen wie Mobilität, Wohnen, Umwelt, Sicherheit und Bildung anbieten möchte. Die Aktivitäten einer Smart City lassen sich in verschiedene Bereiche einteilen: *Smart Infrastructures*, *Smart People*, *Smart Governance*, *Smart Mobility*, *Smart Environment*, *Smart Living*. Das klingt alles sehr gut, und man kann es sich auf die Fahne schreiben, doch stellt sich die Frage, ob es sich nicht um leere Worte handelt und ob die Stadt Luxemburg tatsächlich eine Smart City ist. Vor dem wichtigsten Votum des Jahres drängt sich daher ein *Reality Check* auf: Wie smart ist unsere Gemeinde wirklich? Wie smart sind die Beschlüsse des Schöffenrates? Wie smart ist das Budget?

Smart Infrastructures: Ist die Stadt auf dem neuesten Stand der Technik? In verschiedenen Bereichen gibt es sicherlich Fortschritte zu vermelden, doch wo bleibt die transversale Strategie, die dafür sorgt, dass die Digitalisierung sich wie ein roter Faden durch die Gemeinde zieht? Im Bericht wird eine Strategie angekündigt, doch wo ist diese Strategie? Wann soll sie kommen? Wer wird sie umsetzen? Die Entwicklung einer Strategie ist unabdingbar.

Wir erleben Tag für Tag, dass wir noch weit von einer Strategie entfernt sind. Die Einladungen für die Sitzungen des Syvicol-Büros zum Beispiel werden den Mitgliedern des Schöffenrates als Kopie per Post nach Hause geschickt. Ein anderes Beispiel: Ich erhalte jeden Monat mit der Post zwei „Chèque service“-Rechnungen, da meine beiden Kinder in einem Schulfoyer eingeschrieben sind. Jede Rechnung befindet sich in einem separaten Umschlag, und fast immer steht auf der Rechnung

„0 €“, so dass die Rechnungen eigentlich überflüssig sind. Und es fehlt der Payconiq-Code – ein Umstand, auf den ich seit Jahren hinweise.

Und wie lange reden wir bereits über *Vel'Oh*-Fahrräder, die irgendwo herumliegen gelassen werden und nicht mit einem GPS-Tracker ausgestattet sind? Während in Städten wie Amsterdam, Stockholm oder Kopenhagen bereits Fahrzeuge die Nummernschilder der Falschparker scannen und automatisch die Knöllchen ausstellen, setzen wir nach wie vor auf Agenten, die wir auch anderwärts einsetzen könnten. Mit der in den genannten Städten eingesetzten Software lassen sich auch viele Daten über das Parken sammeln, die dann in die Mobilitätspolitik einfließen können. Unsere Stadt ist also noch nicht so richtig smart.

Smart People: Wie digital sind die Bürger? In einer Smart City muss jeder – und nicht nur jene, die es sich leisten können – Zugang zur Digitalisierung haben. Dazu gehören auch sozial benachteiligte Gruppen, wie Senioren und Menschen mit Behinderungen. Dieses Ziel muss ein wichtiger Teil der digitalen Strategie der Stadt Luxemburg sein.

Smart Governance: Dabei geht es um die Förderung der Teilnahme am öffentlichen Leben und die Transparenz der Gemeinde. Die *Apéri'Tours* waren wohl eine sympathische Initiative, doch stellt sich die Frage, ob es um Dialogveranstaltungen handelte, um Politik und Bürger zusammenzubringen, oder aber um eine Bürgerbeteiligung im Hinblick auf die Entwicklung des Stadtviertels. Die Antwort ist nicht klar, weshalb man nicht von einer seriösen Bürgerbeteiligung reden kann. Werden Berichte über die *Apéri'Tours* erstellt? Wer fasst diese Berichte? Handelt es sich um unabhängige Berichte? Bis wann sollen sie vorliegen? Welches sind die nächsten Schritte?

Werden die *Apéri'Tours* nun die Vorgehensweise bei der Neugestaltung von öffentlichen Plätzen ersetzen? Diese war sicherlich nicht perfekt, stellte aber einen ersten Schritt dar. Denke ich an Diskussionen zurück, die wir im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Place Jeanne d'Arc geführt haben, und daran, dass der Schöffenrat hier auf die *Apéri'Tours* verwiesen hat, hätten wir es in diesem Fall mit einem Rückschritt in Punkto Bürgerbeteiligung zu tun, da die Bürger vor der Ausarbeitung des Projektes nicht anständig eingebunden und stattdessen nur Pläne ausgehängt wurden. Das nenne ich keine professionelle Bürgerbeteiligung, sondern eine Alibiveranstaltung.

Eine Smart City pflegt einen transparenten Umgang mit ihren Daten. Im Dossier ZUG hat die Stadt Luxemburg das Gegenteil bewiesen.

Es sind genau fünf Jahre her, dass wir die Veröffentlichung der Berichte der beratenden Kommissionen gefordert haben. Ein halbes Jahr später wurde sogar eine gemeinsame Motion von allen Fraktionen verabschiedet. Trotzdem ist bis heute nichts passiert.

Die überarbeitete Version der Geschäftsordnung des Gemeinderates liegt nach wie vor in der Schublade des Schöffenrates.

Dann haben wir darum gebeten, eine Simultanübersetzung der Gemeinderatssitzungen auf Deutsch, Französisch und Englisch mit Live-Übertragung und Internet-Archiv zu schaffen und den Analytischen Bericht auch auf Englisch zu übersetzen. Dies wäre in einer multikulturellen Stadt sehr wichtig, scheint jedoch vom Schöffenrat nicht gewünscht zu sein – und das bei einem Marketingbudget, das erneut um eine Million Euro erhöht wird! Alles nicht sehr smart!

Smart Mobility: Es geht darum, die lokale, nationale und internationale Erreichbarkeit zu erleichtern und nachhaltige Transportsysteme zu gewährleisten. Nachdem wir drei Jahre

darauf gewartet haben, wurde 2024 endlich der Mobilitätsplan der Stadt Luxemburg veröffentlicht – mit der Analyse, dass wir bis zum Horizont 2035 mit einem Drittel mehr Verkehrsbewegungen werden rechnen müssen und deswegen der öffentliche Transport sowie der Fußgänger- und Radverkehr innerhalb von zehn Jahren einen Anteil von 51 % (derzeit 40 %) am Modal-Split wird erreichen müssen.

Unabhängig davon, dass der Mobilitätsplan keine konkreten Antworten gibt und nun noch Stadtteilpläne, Radwegpläne usw. entwickelt werden müssen, respektiert der Schöffenrat die Ziele der eigenen Projekte nicht. Eine zweite Tramlinie durch das Stadtzentrum, um Verlässlichkeit der Tram auch um Zuge des Ausbaus zu garantieren, haben Sie verzögert. Die Kapazitäten der Tram sind nahezu ausgelastet. Jahrzehntlang haben Sie den öffentlichen Transport blockiert und nun blockieren Sie erneut einen sinnvollen Ausbau.

Carloh, unser städtisches Car-Sharing-Angebot, wurde aus Kostengründen – dies bei finanziellen Reserven in Höhe von einer Milliarde Euro – fast von Schöffe Mosar und von Rat Radoux am Tisch der Mobilitätskommission geopfert, hätte ich nicht darauf hingewiesen, dass das Car-Sharing-Angebot, als wichtige Maßnahme, um eine rationale Nutzung des Individualverkehrs zu fördern, im Mobilitätsplan der Stadt Luxemburg eingeschrieben ist. Zum einen kann ein Car-Sharing-Angebot nicht rentabel sein und zum anderen wurde dieses wichtige Angebot vom Schöffenrat stark vernachlässigt. Unabhängig davon, ob wir es mit *Carloh* oder vielleicht später mit Flex zu tun haben: Wenn man es mit den im Mobilitätsplan gesteckten Zielen ernst meint, braucht es ein attraktives Car-Sharing-Angebot in der Stadt, d.h. auch, dass das Angebot bekannter, einfacher und attraktiver werden muss.

Die Ziele eines Mobilitätsplanes ernst nehmen, bedeutet auch, dass man den nötigen Mut aufbringen muss, Prioritäten zu setzen. Und auch hier kommt man nicht umhin, das Gegenteil festzustellen, beispielsweise, wenn es darum geht, den Durchgangsverkehr aus Straßen vor Schulen zu verbannen, einen sicheren Schulweg zu garantieren (siehe Rue Nic. Martha und Rue Gellé), eine kohärente und durchgehende Radverbindung zwischen der Place de l'Etoile, der Rue de Rollingergrund und Mühlenbach/Eich zu schaffen, oder die gefährlichen Situationen in den sogenannten Fahrradstraßen zu verbessern. Entweder fehlen die Lösungen vollständig oder es handelt sich um Minimallösungen, die nicht dazu beitragen, dass die Bürger auf das Rad umsteigen.

Warme Eisen, wie beispielsweise die Anpassung der Anwohnerparken-Regelung, mit dem Ziel einer Reduzierung des Durchgangsverkehrs und einer Erhöhung der Lebensqualität, werden auch nicht angepackt. Auf meine Nachfrage hin wurde mir geantwortet, dass dies 2025 nicht auf der Tagesordnung stehe.

Und auch mit dem Ausbau von Elektroladestationen, z.B. in den Parkhäusern, und einem attraktiven Angebot, damit die Bürger ihre Autos in den Parkhäusern parken sollen und so Straßenraum für eine Umgestaltung frei wird, tut sich die Stadt schwer. Die Anstrengungen in diese Richtung sind bescheiden oder nicht vorhanden. Alles auch nicht sehr smart!

Smart Environment: Förderung des ökologischen Bewusstseins und der nachwachsenden Rohstoffe. Am Montag wurde der Umweltaktionsplan 2021/2022 im Gemeinderat vorgestellt. Wir stellen fest, dass die Stadt Luxemburg die CO₂-Emissionen auf ihrem Territorium im Vergleich zu 2014 nur um zehn Prozent reduziert hat. Das Ziel besteht in einer Reduzierung der CO₂-Emissionen um 55 Prozent bis zum Jahr 2030 – und selbst dieses Ziel ist nicht besonders ambitioniert. Das erzielte Ergebnis zeugt nicht davon, dass alles smart gelaufen ist, dies auch vor dem Hintergrund des Klimawandels und der steigenden Temperaturen.

Dies wirft die Frage auf, ob die Stadtverantwortlichen die Ziele, die sie sich gesetzt haben, tatsächlich ernst nehmen, und ob sie gewillt sind, zu handeln.

Die auf dem Gebiet der Hauptstadt angesiedelten Gebäude machen rund 60 % der auf dem Stadtgebiet produzierten CO₂-Emissionen aus. Welches sind die Pläne des Schöffengerates in Bezug auf die Förderung von Wärmepumpen und den Ausbau der Wärmenetze? Außer, dass weiterhin munter Gasleitungen verlegt werden, gibt es nicht viel zu vermelden.

Die Stadt investiert weiter viel Geld in Wasseraufbereitungsanlagen, statt dafür Sorge zu tragen, dass die Landwirte nicht zu viel Dünger oder Pestizide auf den Feldern einsetzen. Und seit Jahren weise ich auf die Notwendigkeit hin, eine Reform der Wassertarife durchzuführen. Nachdem der Schöffengerat jahrelang den Kopf in den Sand gesteckt hat, steht dieses Jahr nun eine satte Steigerung der Wasserpreise für die Bürger und Unternehmen ins Haus, eine Erhöhung von 25 %. Anstatt vor allem den variablen Teil des Preises zu erhöhen, nimmt der Schöffengerat eine massive Preissteigerung beim Festbetrag vor, womit jene bestraft werden, die weniger verbrauchen. Es sollte allerdings genau umgekehrt gemacht werden!

Vor dem Hintergrund des Klimawandels geht die Stadt hin und verlegt Kanäle mit größerem Durchmesser. Warum wendet sie nicht das Schwammstadt-Konzept an?

In Sachen Müll tritt die Stadt Luxemburg sowohl in Bezug auf die Reduzierung von Müll als auch in Bezug auf die Recycling-Quoten auf der Stelle. Durch die Einführung von Mülltaxen, die pro Leerung anfallen oder sich nach dem Gewicht des Abfalls richten, konnten andere Gemeinden den Restmüll um rund ein Drittel reduzieren. Sie können mir nicht weismachen, dass dies in der „Smart City“ Luxemburg nicht umsetzbar wäre!

Im Zuge der Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel kommt der Begründung eine wichtige Bedeutung zu. Im Umweltaktionsplan lässt sich diesbezüglich kein quantifizierbares Ziel und auch keine Strategie zur Umsetzung des Zieles finden. Demnach ist auch hier nicht alles so smart!

Smart Living: Schaffung der Grundvoraussetzungen für eine erhöhte Wohnqualität, für den Zugang zu einer Wohnung, für die Gewährleistung der persönlichen Sicherheit, die Bereitstellung von guten Bildungsstrukturen. Es stimmt, dass die Stadt Luxemburg viel in die Schaffung von Wohnraum investiert. Dabei sollte es aber erlaubt sein, zu fragen, für wen der Schöffengerat Wohnraum schafft, denn er erklärt immer wieder, dass man mit dem Aufkauf von VEFA-Projekten den Promotoren gerne unter die Arme greife. Sollte dies dazu beitragen, dass sich etwas tut und mehr investiert wird, können wir damit leben. Nichtsdestotrotz vermissen wir eine klare Strategie, und vor allem ist die Stadt Luxemburg immer noch nicht ausreichend aufgestellt, um den großen Immobilienpark, der im Rahmen des Wohnungsbaupaktes 2.0 geschaffen werden kann, später verwalten zu können.

In den in der Kommission geführten Diskussionen habe ich keine klare Antwort auf die Frage erhalten, ob die von der Stadt im Rahmen von Projekten erworbenen Wohnungen alle vermietet werden. *déi gréng* haben die verschiedenen Projekte mitgetragen, in der Optik, dass die Wohnungen für kommende Generationen in der Hand der Stadt Luxemburg bleiben werden.

Partizipatives Wohnen ist ein interessantes Projekt, vor allem, um kleine Parzellen zu entwickeln, ohne dass die Stadt Bau-träger sein muss. Der Schöffengerat hat diese Initiative jedoch so lange im Sand verlaufen lassen, dass die Dynamik letztendlich verloren ging. Der unsichere Markt trägt nicht dazu bei, dass es besser wird.

Große und wichtige Projekte wie jenes an der Route d'Arlon und das Projekt *Porte de Hollerich* kommen ebenfalls nicht voran. Auch vermissen wir nach wie vor Richtlinien zur Entwicklung eines nachhaltigen Urbanismus. Noch schlimmer – und wir weisen bereits seit Jahren darauf hin: Es gibt immer noch Stadtsektoren, in denen die Bürger keine Photovoltaikanlagen auf das Dach montieren können, und wo es ihnen nicht möglich ist, ihr Haus energetisch zu isolieren oder eine Wärmepumpe zu installieren. Die Überarbeitung des Bautenreglements ist auf den Sankt Nimmerleinstag vertagt worden.

Smart Living und eine hohe Sicherheit gehören zusammen. Und auch hier steht es nicht zum Besten, wie Bürgermeisterin Lydie Polfer es selbst zugegeben hat, als sie von neuen Hotspots in den Stadtteilen Belair, Limpertsberg und Kirchberg sprach. Die repressiveren Maßnahmen haben zu einer Verlagerung der Hotspots geführt – eine Entwicklung, vor der wir gewarnt hatten. Wir warnen erneut davor, dass eine Ausdehnung der Kameraüberwachung in Bonneweg dazu beitragen könnte, die Probleme noch stärker in den Stadtteil hineinzutragen. Die Polizeipräsenz, die infolge der Rekrutierungsoffensive der vorangehenden Regierung möglich wurde, sollte hingegen weiter ausgebaut werden. Zudem dürfen urbanistische Maßnahmen nicht vernachlässigt werden, hat eine rezente Studie doch gezeigt, dass ein sauberes, gepflegtes und gut beleuchtetes Umfeld die Kriminalität um ein Viertel reduzieren kann.

Zum *Smart Living* gehören auch qualitativ hochwertige Schul- und Betreuungsinfrastrukturen. Es gilt zu bedenken, dass lediglich etwa 50 % der auf dem Stadtgebiet wohnenden Grundschulkinder eine städtische Schule besuchen – eine Situation, die sich auch mit dem Unbehagen von immer mehr Eltern und Lehrpersonal deckt, die sich mit ihren Problemen alleine gelassen fühlen, gerade in sozial schwierigeren Stadtteilen. Warum wurden noch immer keine Mindeststandards für die PEPs eingeführt? Warum werden die Schulen nicht so aufgeteilt, dass es überall zu einer besseren sozialen Durchmischung kommt? Warum wird nichts gegen den zunehmenden Wechsel des Lehrpersonals in den Schulen unternommen? Warum beteiligt sich die Stadt Luxemburg nicht proaktiver am Projekt einer Alphabetisierung in französischer Sprache? Dies alles ist nicht sehr smart.

Der Haushalt 2025 zeigt ein hohes Investitionsbudget auf – auch, wenn die Diskrepanz zwischen den für Projekte eingeschriebenen Geldern und dem, was letztendlich umgesetzt wird, erneut enorm sein wird. Es reicht nicht aus, irgendwas zu tun; man muss die Dinge richtig, zukunftsorientiert, eben wirklich smart angehen.

Eine Smart City legt Wert auf eine anständige Bürgerbeteiligung und hat eine transparente Verwaltung. Eine Smart City priorisiert konsequent nachhaltige Mobilität. Eine Smart City gibt sich konkrete Ziele bezüglich der Begründung vor und unterstützt ihre Bürger in der Energietransition. Eine Smart City macht Tempo bei der Stadtentwicklung und im Wohnungsbau. Eine Smart City trägt Sorge, dass tatsächlich alle Kinder in den städtischen Schulen die besten Chancen haben.

Es reicht nicht aus, sich „Smart City“ auf die Fahne zu schreiben, eine Smart City muss auch konkret umgesetzt werden. Dies tut die DP-CSV-Majorität nicht. Aus diesem Grund können *déi gréng* das Budget 2025 nicht mittragen.

déi gréng werden jedoch allen Mitgliedern des Gemeinderates weiterhin ein smarter Partner sein und smarte Vorschläge einbringen. Wir würden uns allerdings wünschen, dass die DP-CSV-Majorität auch so smart wäre, unsere Vorschläge öfter aufzugreifen.

Rat Bob BIVER (CSV): Vorab möchte ich Frau Costantini für den hervorragenden Budgetbericht danken. Mein Dank geht

auch an Finanzschöffe Mosar und die beteiligten Dienststellen der Stadt Luxemburg.

Die Schaffung von Wohnraum ist wichtig für unsere Stadt, aber auch für unser Land. Die Stadt investiert hohe Summen in die Schaffung von Wohnraum. 65 Millionen Euro wurden allein in den Erwerb von VEFA-Projekten investiert, insgesamt 183 Millionen Euro für das Jahr 2024. Das Investitionsniveau bleibt auch 2025 hoch: 229 Millionen Euro werden in den Bereich Wohnen investiert, ein Plus von 41 Millionen Euro. Ich bin der Ansicht, dass es nicht nur öffentliche Bauträger, sondern auch den Privatsektor braucht. In diesem Punkt trennen sich die Ansichten von Majorität und Opposition. Wir meinen, dass es wichtig ist, dass die verschiedenen Akteure bauen – auch die Privatpromotoren.

Die Schulinfrastrukturen betreffend stelle ich einen Paradigmenwechsel fest. Die Stadt Luxemburg hat große Investitionen in Dommeldingen getätigt, wo ein großes und interessantes Projekt umgesetzt wurde. Im Bahnhofsviertel ist ein neues Wohnviertel in Entwicklung. Es wurde ein Diskussionsforum „Lëtzt'discuss“ organisiert, wo Kinder und Jugendliche ihre Ideen und Vorschläge einbringen konnten. Werden diese Ideen und Vorschläge berücksichtigt? Sollte dem so sein, wie werden sie einfließen?

Macht die Stadt Luxemburg im Zusammenhang mit dem Projekt zur Alphabetisierung auf Französisch Prognosen über die Anzahl der Kinder, die von Privatschulen in die öffentlichen Schulen wechseln könnten?

Es freut mich zu sehen, dass in den Sport investiert wird und nach langem Suchen und langen Diskussionen die Umsetzung eines neuen Leichtathletikstadions endlich Realität wird. Wir alle hoffen, dass wir das neue Stadion in Hamm im Jahr 2028, wenn die Spiele der Kleinen Länder in Luxemburg stattfinden, einweihen können.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Im Namen unserer Fraktion richte ich unseren aufrichtigen Dank und unsere Glückwünsche an alle Dienststellen, die dazu beigetragen haben, diesen Haushalt für 2025 aufzustellen. Vielen Dank auch an die Finanzkommission und an die Berichterstatteerin für ihre Präsentation des Haushaltsentwurfs 2025.

Die Aufstellung des Budgets ist eine einzigartige Übung. Sie erfordert Ausgewogenheit der Management-Vision und, wie Rätin Costantini bei der Vorstellung des Haushaltsplans sagte, Ehrgeiz – übrigens ein ganz besonderes Wort, das zehnmal wiederholt wurde. Das Wort Ehrgeiz stand im Vordergrund meiner Rede zum Budgetentwurf 2024, als ich über unsere Pflicht als Politiker sprach, unseren Wählern, unseren Mitbürgern und den zukünftigen Bürgern unserer schönen Stadt sowie ihren Nutzern eine klare, starke Botschaft zu vermitteln, die von denjenigen ausgeht, die ihre Sorgen sowie die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen unserer Gesellschaft verstanden haben. Demnach haben wir der Präsentation des Budgets 2025 mit großer Aufmerksamkeit zugehört, um zu verstehen, welche Ambitionen die DP-CSV-Mehrheit hat. Ehrgeiz ist der „brennende Wunsch, etwas zu besitzen, etwas zu erreichen“. Noch muss man sich einig sein oder verstehen, was man anstrebt und warum man handelt.

In der Analyse des finanziellen Kontextes finden wir auch in diesem Jahr wieder einen Satz, der uns schockiert und die Kluft zwischen dem Verständnis dessen, was außerhalb der Mauern dieses Saals und außerhalb des abgeschotteten Lebens mancher Politiker geschieht, aufzeigt: „Die wirtschaftliche Situation hat sich nach den schwierigen Jahren der Pandemie erholt“. Anfangs dachte ich fast, dass es sich um einen Tippfehler handelt. Denn sieht man sich die Wirtschaftsindikatoren an, hat man nicht wirklich den Eindruck, dass sich die schwierige Lage unserer Mitbürger verbessert hat. Laut

des vor drei Tagen veröffentlichten „Politmonitor“ ist die Wohnungsfrage für mehr als 67 % unserer Mitbürger nach wie vor die Hauptsorge, und für mehr als 75 % der jungen Menschen, die keine Wohnung finden, ist sie sogar die Hauptsorge. Das Unternehmertum und der Handel werden in der Stadt Luxemburg besonders schlecht behandelt. Unsere öffentlichen Schulen und ihre Infrastruktur weisen einen großen Bedarf an Unterstützung auf, um den Erwartungen unserer Bevölkerung gerecht zu werden. Die Frage ist also, wo sich die Situation angeblich verbessert hat. Da die politische Mehrheit auf nationaler Ebene nun die gleichen Farben hat wie die politische Mehrheit in der Hauptstadt, wird es schwierig sein, sich hinter nationalen Verantwortlichkeiten zu verstecken. Fakt ist, dass die Immobilienpreise zwar ein wenig sinken, aber immer noch unerschwinglich sind und zu den höchsten in Europa zählen. Die Situation hat sich demnach nicht verbessert.

Die Tatsache, dass ein Großteil der uns vorliegenden Dokumentation und des Budgetberichts inhaltlich um das Thema Smart City dreht, wirft Fragen in Bezug auf die Prioritäten der aktuellen DP-CSV-Mehrheit auf. Was versteht die Majorität unter Ambitionen? Man sollte schon sehr genau hinschauen, um zu verstehen, was sich manchmal hinter Absichten oder bestimmten Zahlen verbirgt. Da wäre z.B. die schmeichelhafte Haushaltslinie für den Bereich Wohnen zu nennen, die größtenteils künstlich aufgebläht wurde, um verzögerte Projektinvestitionen der Vorjahre auszugleichen.

Es stellt sich die Frage nach den Mitteln, die unseren Dienststellen zur Verfügung gestellt werden, um die Umsetzung von Verfahren und Investitionen zu beschleunigen und zu vermeiden, dass sich die Wartezeiten für die Realisierung von Projekten, die für unsere Mitbürger von entscheidender Bedeutung sind, verlängern. Sind vor dem Hintergrund der massiven Wohnungskrise zusätzliche Mittel vorgesehen, um diese Prozeduren zu vereinfachen?

Das Jahr 2024 war als Jahr der 24 Stadtviertel ausgerufen worden und wurde mit großem Pomp mit *Tramsschapp* eingeläutet. Auf das Jahr der 24 Stadtteile soll 2025 theoretisch ein Jahr der Konkretisierung, der Umsetzung und des Wandels folgen. Zur Finalisierung des Projektes sind zwar 700.000 € im Budget 2025 eingeschrieben, doch fehlt es an Informationen, wie diese Finalisierung erfolgen soll. Nach so langer Wartezeit und den gemachten Versprechungen dürfen die Bürger eine schnelle und entschlossene Reaktion erwarten. Dies sollte sich auch im Budget widerspiegeln. Welche Maßnahmen sind für 2025 vorgesehen?

Ist von Stadtteilen und vom Stadtteilleben die Rede, denkt man unweigerlich auch an Bildung, an die öffentliche Schule, die das Netz, den Rahmen und den Sockel unseres Zusammenlebens bildet.

Für den Campus in Dommeldingen wurde ein großes Budget bereitgestellt, und wir alle freuen uns, dass Familien und Kinder von einer gemeinsamen Infrastruktur profitieren können, ähnlich der, die für die Schule in Clausen geschaffen wurde. Doch wie steht es um andere dringende Projekte in anderen Stadtteilen? Was ist mit dem Schulprojekt Bahnhofsviertel? Wäre es nicht möglich, dieses Projekt 2025 prioritär voranzutreiben?

Seit Jahren setzen wir uns für öffentliche Kinderkrippen in allen Stadtvierteln ein. Es gibt keinerlei Anzeichen für eine Veränderung in dieser Hinsicht. Der Bereich der Kleinkinderbetreuung liegt derzeit fast ausschließlich in den Händen privater Akteure.

Was ist mit vorrangigen Investitionen in die Modernisierung notwendiger Sportanlagen? Den Rugby-Clubs fehlt es an Raum und Platz, um zusätzliche Jugendliche aufnehmen zu können. Sind Maßnahmen für 2025 vorgesehen oder müssen

wir unseren Jugendlichen und ihren Familien sagen, dass sie bis 2026 oder 2027 warten müssen, um sich bei einem Rugby-Club einschreiben zu können?

Auch der Start des Projekts eines großen Freibades wurde angekündigt. Angesichts der zur Verfügung gestellten Mittel werden wir im kommenden Jahr jedoch wohl kaum über die Anfänge des Projektes hinauskommen.

Schöffe Mosar wird wohl darauf hinweisen, dass wir die Einnahmen nicht vergessen sollten, anstatt ständig über Ausgaben zu reden. Als Geschäftsmann bin ich mir dessen nur allzu gut bewusst. Ich erlaube mir jedoch vorzuschlagen, dass die Stadt ihre Methoden bei der Ausschreibung von Großprojekten überdenkt, um ständige Überschreitungen zu vermeiden. In den vergangenen Monaten wurde der Gemeinderat mit berechtigten Kostenvoranschlägen in Höhe von mehr als 80 Millionen Euro befasst. Dies entspricht dem Doppelten dessen, was der Haushalt für den Wohnungsbau vorsieht: 40,8 Millionen Euro – was weit entfernt ist von den 100 Millionen Euro, die im Wahlkampf versprochen wurden.

Wir verstehen, dass Lastenhefte für Infrastruktur- oder Gebäudeprojekte und Preise für Material schwanken können, aber es gibt eine Arbeit zu tun, die sich auf die außerordentliche Kompetenz und Expertise unserer Dienststellen stützt, um eine bessere Verwaltung der öffentlichen Gelder und eine größere Kontrolle unserer Ausgaben zu ermöglichen, um mehr Mittel für prioritäre Projekte bereitstellen zu können.

Die städtische Mobilität ist eine zentrale Herausforderung für eine moderne Stadt und wir begrüßen die Bemühungen der Stadt Luxemburg, unsere Hauptstadt in eine Smart City zu verwandeln. Mehrere Lücken und kritische Punkte im vorgeschlagenen Haushalt geben jedoch Anlass zur Sorge, ob das Budget den tatsächlichen Herausforderungen im Bereich der Mobilität gerecht werden kann.

Die Sichtweise ist begrenzt und abgeschottet. Die Verkehrsüberlastung in Luxemburg-Stadt geht weit über die Gemeindegrenzen hinaus. Die Stadt wird täglich von einem massiven Zustrom von Arbeitnehmern aus den Nachbargemeinden und den angrenzenden Ländern überschwemmt. Dennoch versäumt es der vorgeschlagene Haushalt wieder einmal, eine integrierte Gesamtvision zu präsentieren, die die Stadt holistisch mit ihrer Umgebung verbindet. Verbesserungen können niemals zu befriedigenden Ergebnissen führen, wenn sie nicht Teil eines Denkprozesses auf Makroebene sind. Zwar wird im Haushalt erwähnt, dass die Stadt sich an nationalen und strategischen Planungen ausrichten soll, aber dieser Satz, der jedes Jahr wiederverwendet wird, bleibt ohne sichtbare konkrete Maßnahmen. Wir warten immer noch auf ein kohärentes und nachhaltiges Gesamtkonzept, das nicht nur alle Stadtteile, sondern auch die Nachbargemeinden umfasst, mit einem besonderen Schwerpunkt auf sanfter Mobilität. Der in diesem Jahr vorgestellte Mobilitätsplan gibt darauf keine Antwort, da es sich eher um eine analytische Feststellung als um einen wirklichen Plan handelt.

Hinzu kommt eine unzureichende Infrastruktur für die Elektromobilität. Die kontinuierlichen Investitionen in die Elektrifizierung der städtischen Fahrzeugflotte sind ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings scheint die Stadt einen anderen entscheidenden Aspekt beim Übergang zur Elektromobilität zu vernachlässigen: den Aufbau eines angemessenen Netzes von Ladestationen. Seit Jahren sehen wir, wie Straßen und Parkplätze in allen Stadtteilen renoviert werden, ohne dass auch nur eine einzige Ladestation installiert wird. Mit Blick auf das Jahr 2035, in dem die Verbrennungsmotoren durch Elektrofahrzeuge ersetzt werden sollen, ist es zwingend erforderlich, dass die Stadt schnell ein robustes und für alle Bürger zugängliches Netz aufbaut.

Die Strategie muss überdacht werden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass einige Initiativen zwar lobenswert sind, es dem Haushalt jedoch an Ehrgeiz und Kohärenz fehlt, um die wirklichen Herausforderungen der städtischen Mobilität anzugehen. Ein fragmentierter Ansatz und isolierte Maßnahmen werden nicht ausreichen, um die Probleme der Verkehrsüberlastung zu lösen und eine nachhaltige Mobilität zu fördern.

Wir fordern die Stadt Luxemburg daher auf, einen umfassenden und konkreten Mobilitätsplan zu erstellen, der die angrenzenden Gemeinden und die grenzüberschreitenden Regionen einbezieht, und den Ausbau der Infrastruktur für Elektromobilität zu beschleunigen, wobei der Bedarf für 2035 jetzt schon antizipiert werden sollte.

In dieser komplexen Zeit muss die Stadt die Geschäftswelt uneingeschränkt unterstützen, denn es sind auch unsere Geschäfte, welche die DNA, die Besonderheit und die Attraktivität unserer Stadt ausmachen. Es sind die Geschäfte, die einen Teil der Einnahmen generieren.

Die Unterstützung der Stadt ist folglich wichtig und wir begrüßen die bereits unternommenen Anstrengungen sowie die von den verschiedenen Dienststellen durchgeführten Aktionen. Wir müssen uns jedoch fragen, wie wir die Stadt zusätzlich auf eine etwas andere Art und Weise vermarkten können, uns nicht nur auf die Organisation von Jahrmärkten und Kirmessen beschränken. Die Attraktivität und das kulturelle Erbe des Weihnachtsmarktes, des „Oktavmäertchen“ oder der „Schueberfouer“ stehen außer Frage, doch muss man feststellen, dass diese Events ohne besondere Einbeziehung der lokalen Geschäftswelt durchgeführt werden. Es liegt mir fern, Schausteller und örtliche Geschäftsleute gegeneinander auszuspielen, doch eine Zusammenlegung der Mittel und Ambitionen wäre sinnvoll. Kulturelle Veranstaltungen, Dekor, Beleuchtung, urbanistische Maßnahmen, Belebung und Aktionen sind notwendig, um bestimmte Viertel, Straßen und Plätze der Stadt aufzuwerten.

Ich kann meinen Beitrag nicht beenden, ohne auf die soziale Komponente, die Solidarität und die Sicherheit einzugehen. Die Unsicherheit, die in einigen Stadtteilen herrscht, die Unsicherheit, die von unseren Mitbürgern wahrgenommen wird, hat ihren Ursprung in der sozialen Spaltung und im Elend. Wir haben gehört, dass die Mittel für soziale Zwecke erhöht wurden. Sind wir nicht verpflichtet, unsere Ambitionen nach oben zu korrigieren? Durch welche Aktionen sollen Initiativen wie „A vos côtés“ oder „animateur de quartier“ gestärkt werden? Warum beinhaltet der Haushalt 2025 nicht die Errichtung und den Erwerb eines neuen, sichereren und menschlicheren Foyers, das es erlauben würde, Menschen von der Straße zu holen? Warum sieht der Haushalt 2025 kein zusätzliches spezifisches Projekt vor, um die Probleme der öffentlichen Gesundheit und des Drogenmissbrauchs im Bahnhofsviertel anzugehen? Müssen wir bis 2026 warten?

Unsere Mitbürger, unsere Geschäftsleute und auch wir Politiker fordern ruhigere Straßen. Wir haben nicht den Eindruck, dass der Haushalt 2025 ausreichende Mittel zur Verfügung stellt, um dies zu erreichen.

Die Konten 2023 schließen mit einem Bonus ab. Der Haushaltsentwurf 2024 sah ein Defizit von 209,2 Millionen Euro vor. Der rektifizierte Haushalt 2024 weist ein Defizit von 140,9 Millionen Euro auf. Heute werden wir über den Haushaltsentwurf 2025, der ein Defizit von 153 Millionen Euro vorsieht, abstimmen. Ehrgeiz scheint sowohl in der Zeit als auch in Zahlen und im Inhalt abzunehmen. Wir warten ungeduldig auf die Antworten des Schöffenrates. Unsere Fraktion kann das Budget 2025 nicht mittragen, denn, sieht man sich die zweite Definition von Ambition an, so handelt es sich dabei um den

„Wunsch, die Güter zu erlangen, die dem Selbstwertgefühl schmeicheln können“. In diesem konkreten Fall halten wir diese Definition für zutreffender.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Vorweg möchte ich allen danken, die an der Erstellung des Budgets gearbeitet haben, den Dienststellen der Stadt Luxemburg und vor allem Frau Castagna und Herrn Reding stellvertretend für den Finanzdienst. Sie haben uns in der Finanzkommission Rede und Antwort gestanden, wofür ich mich bedanken möchte. Ich war im Kontakt mit ADR-Gemeinderatsmitgliedern anderer Gemeinden, wo sich bei Weitem nicht immer die gleiche Transparenz wie in der Stadt Luxemburg findet. Mein Dank geht auch an Frau Costantini. Der Budgetbericht ist klar und verständlich geschrieben und auch sehr informativ.

Nichtsdestotrotz lassen sich die gleichen Kritikpunkte wie im vergangenen Jahr anbringen, nämlich in Bezug auf die Transparenz der finanziellen Situation der Stadt Luxemburg sowie an der allgemeinen Ausrichtung des Budgetberichtes. Ich lese das Budget, lese die Anhänge, stelle Fragen in der Finanzkommission und doch kenne ich nach wie vor die genaue finanzielle Situation der Stadt nicht. Ob es der Stadt Luxemburg finanziell gut geht, hängt davon ab, ob das Budget im Gleichgewicht ist. Dies ist momentan nicht der Fall und auch 2024 war das Budget nicht im Gleichgewicht. Das Budget 2025 schreibt ein Defizit von 300 Millionen Euro. Um die reelle finanzielle Situation bestimmen zu können, muss ich die Aktiva, sprich die Vermögenswerte kennen und diese finden sich weder im Finanzbericht noch in einem Anhang. Die Reserven belaufen sich auf 1,2 Milliarden Euro, doch der Wert von Grundstücken und Immobilien und anderer Vermögenswerte sind nirgends angeführt. Die finanziellen Reserven kompensieren die Defizite von 2024 und 2025. Bei einem Defizit von jährlich 150 Millionen Euro werden unsere Reserven im Jahre 2030 aufgebraucht sein. Falls die Steuereinnahmen aus dem „Fonds de dotation globale des communes“ einbrechen, kann es gut sein, dass die Reserven bereits früher aufgebraucht sein werden. Sieht man genauer hin, stellt man fest, dass diese Defizite fiktiv sind. Im Jahr 2024 hat die Stadt Luxemburg 229 Millionen Euro in Immobilien investiert, und besitzt demnach Immobilien im Gegenwert von 229 Millionen Euro. Es wäre demnach wichtig, dass die Stadt Luxemburg ihre Aktiva inklusive Portfolio von Grundstücken und Immobilien offenlegt, damit der Bürger die wahre finanzielle Situation einschätzen kann. Die von mir im vergangenen Jahr eingereichte Motion, in welcher der Schöffenrat aufgefordert wurde, die Aktiva in einem Anhang im Budgetbericht anzuführen, wurde sowohl von der DP-CSV-Majorität als auch von den Oppositionsfraktionen verworfen. Ich stelle demnach fest, dass die anderen Parteien nicht an Transparenz interessiert sind. Bis zu den nächsten Kommunalwahlen werden wir nicht müde werden, dies immer wieder zu unterstreichen. Ich möchte den Argumenten von Schöffe Mosar und Rat Radoux vorgreifen. Ich weiß sehr wohl, dass das Budget gesetzeskonform vorgestellt wird, was jedoch nicht verhindert, dass die Stadt Luxemburg, im Namen der Transparenz, die Vermögenswerte offenlegen sollte, damit alle Bürger wissen, wie es um die finanzielle Situation ihrer Stadt bestellt ist. Eine Reihe von großen Städten in Deutschland legen ihre Aktiva offen. Niemand verlangt, dass der Vermögenswert auf den Cent genau dargelegt wird. Am vergangenen Montag war der Gemeinderat mit einem Immobilienprojekt in Höhe von 39 Millionen Euro befasst. Schöffe Mosar bescheinigte den Dienststellen eine hervorragende Arbeit und meinte, dass sie den Wert einer Immobilie gut einzuschätzen wüssten.

Im Folgenden möchte ich erklären, warum ich das Budget 2025 nicht werde gutheißen können. Unserer Ansicht nach setzt das Budget die falschen politischen Impulse. Digitalisierung und Smart City sind schön und gut und auch wichtig, doch es ist nicht in diesem Bereich, wo der Schuh drückt, zumindest nicht bei den Bürgern, mit denen ich gesprochen habe. Ihre Sorgen sind eher die hohen Wohnpreise, die

Verdrängung aus ihrer Heimatstadt aus wirtschaftlichen Gründen, Kriminalität, Unsauberkeit, aber auch Missbrauch von Steuergeldern zur Realisierung von ideologischen Projekten. Ich hätte mir gewünscht, dass Frau Costantini über die wahren Sorgen der Bürger redet, auch wenn sie von verschiedenen Themen nicht betroffen ist.

Wir begrüßen, dass der Schöffenrat in dieser Mandatsperiode 500 Millionen Euro in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum investieren will. Im Budget 2025 sind 225 Millionen Euro für den Bau neuer Gebäude und für Renovierungsarbeiten eingeschrieben. Dies ist zu begrüßen. Vor dem Hintergrund des kränkelnden Bausektors ist jedoch ungewiss, ob diese Investitionen alle getätigt werden können. Demnach ist der Aufkauf von VEFA-Projekten zu begrüßen. Im letzten Gemeinderat hatte ich auf das Risiko von Interessenskonflikten und von Korruption hingewiesen. Ich glaube Finanzschöffe Mosar gerne, dass er und die Dienststellen alles getan haben, um einen guten Deal zu verhandeln, doch fordern wir, dass bei Immobilien-Deals von mehr als 10 Millionen Euro eine unabhängige Expertise durchgeführt wird, der Gemeinderat somit eine zweite Meinung erhält, und somit das Risiko von Interessenskonflikten und Korruption reduziert werden kann. Im kommenden Jahr werde ich diesbezüglich eine Motion einreichen.

Die Einsicht, dass im Wohnungsbau dringend reagiert werden muss, kommt leider zehn Jahre zu spät, und die Investitionen werden erst in einigen Jahren zum Tragen kommen. Während der Wahlkampagnen wurden wir immer wieder darauf angesprochen, dass Bürger, die in der Stadt Luxemburg geboren und aufgewachsen sind, hier nicht mehr wohnen können. 80 Prozent der Lohnempfänger der Stadt Luxemburg wohnen nicht auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg, da sie von hohen Wohnungspreisen ökonomisch verdrängt und durch gutverdienende Expats ersetzt werden. Persönlich und kulturell stellt dies eine Katastrophe dar, weil dadurch viel von unserem aktiven Vereinsleben, von unserer Sprache und Identität für immer verloren geht. Unsere Vergangenheit aufzuarbeiten ist richtig und gut, doch müssen wir auch proaktiv handeln. Ein schönes Patrimonium zu haben reicht nicht aus. Ohne Einwohner mit ihrer Sprache und Tradition werden wir zu einem griechischen Tempel ohne Griechen.

Die Stadt Luxemburg wird der Stadt London insofern immer ähnlicher als es sich bei den Einwohnern entweder um Millionäre bzw. Großverdiener oder um Sozialschwache, die den Mindestlohn verdienen, handelt. Handwerker, Krankenpfleger oder Polizisten können sich London finanziell nicht mehr leisten, sind weggezogen und pendeln Tag für Tag länger als eine Stunde zur Arbeit. Auch die meisten Personen, die bei der Stadt Luxemburg beschäftigt sind, können sich eine Wohnung in der Stadt nicht mehr leisten und pendeln Tag für Tag zur Arbeit. Diese Stadt haben Sie, Frau Bürgermeisterin, und Ihre Partei, die DP, geschaffen: eine Stadt nur für die sehr Armen oder nur für die Personen, die es sich finanziell leisten können, hier zu wohnen. Eine Stadt, in der die luxemburgische Mittelschicht oder die Working-Poor nicht mehr leben können. Ich bin der Ansicht, dass es die moralische Pflicht des Schöffenrates und des Gemeinderates ist im Sinne von Solidarität dafür Sorge zu tragen, dass auch diese Menschen wieder in die Stadt zurückkönnen bzw. weiterhin hier wohnen können. Uns stört die Aussage: „des logements locatifs abordables pour jeunes adultes qui travaillent à Luxembourg-Ville“. Es sollte nicht darum gehen, dass junge Menschen von außen in der Stadt sesshaft werden, vielmehr sollten junge Menschen, die hier geboren sind, hier zur Schule gingen, weiterhin mit ihrer Familie, mit ihren Kindern hier wohnen bleiben können und Menschen, die weggezogen sind, weil sie sich unsere Stadt finanziell nicht mehr leisten können, sollten wieder hierher zurückkehren können. Der Schaffung von bezahlbaren Mietwohnungen kommt in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zu. Die ADR fordert Investitionen von mehr als 500 Millionen Euro in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

in den kommenden sechs Jahren. Die Stadt Luxemburg verfügt über hohe Reserven. Sollten die nicht reichen, muss die Stadt die Ausgaben reduzieren und mehr Grundstücke oder Immobilien verkaufen. Wir begrüßen die Bemühungen, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, doch bringt dies alles nichts, wenn die Massenimmigration der vergangenen 20 Jahre anhält. Die ADR setzt sich für qualitatives Wachstum ein. Sollte die Stadt weiterwachsen – im Flächennutzungsplan ist die Rede von 180.000 Einwohnern –, wird sie an Lebensqualität einbüßen. Das Problem Wachstum lässt sich nicht durch noch mehr Wachstum lösen, so wie es die Gemeinden und auch der Staat in den vergangenen 30 Jahren versucht haben. Die ADR hätte sich ein qualitatives Wachstum mit zahlreichen Integrationsmaßnahmen gewünscht und nicht ein Laissez-faire und „vivre-ensemble“, die zu Parallelgemeinschaften führen.

Die ADR ist der Ansicht, dass sich die Stadt Luxemburg ideologisch neutraler verhalten und die Steuergelder der Bürger nicht ausgeben sollte, um ideologische Projekte zu unterstützen. Wir sind dagegen, dass die Stadt die Vereinigung „Cid Femmes“ mit mehr als 200.000 Euro pro Jahr unterstützt, um unsere Kinder in den städtischen Schulen gegen Stereotypen – oder das, was die Vereinigung als solche ansieht – zu sensibilisieren, und womit sie lediglich ihre ideologische Priorität und Gesellschaftsnorm aufdrängen will. Das Lehrpersonal soll unterrichten; es braucht keine externe Lobbyorganisation in unseren Schulen. Bei der Vereinigung *Cid Femmes* handelt es sich um eine radikal feministische Lobbyorganisation, die nicht einen *First- oder Second Wave Feminism* à la Alice Schwarzer vertritt, sondern eine radikalere Form, den *Fourth Wave Feminism*. Die genannte Vereinigung hat die von der Stadt Luxemburg erhaltene Unterstützung missbraucht, um LGBTQ-Lobbying zu betreiben, dies zusammen mit LGBTQ-Organisationen, die auch vom Staat unterstützt werden. Die Steuergelder der Bürger der Stadt Luxemburg werden ausgegeben, um Politik gegen die Meinung der Bürger zu betreiben. Die Rekord-Petition ist von 10.000 Bürgern unterschrieben worden. Diese Bürger sagen das, was ich bereits hier im Gemeinderat vorgebracht habe: Hören Sie auf mit Ihrer moralischen Bevormundung! Am vergangenen Montag sagte Schöffe Bauer, dass man verhindern wolle, dass es zu einer Situation wie in den USA komme, wo der künftige Präsident Donald Trump heißt. Die Unterstützung der Vereinigung mag gut gemeint sein, doch sind wir der Ansicht, dass es sich um einen fehlgeleiteten Aktivismus handelt, der diesen politischen Trend in Luxemburg mit anheizen wird. Die genannte Petition wurde von vielen Eltern, von vielen Lehrerinnen und Lehrern, die in den städtischen Schulen arbeiten, und sogar von CSV- und DP-Politikern unterschrieben.

Im Rahmen der Diskussionen zum Budget 2024 war ich bereits auf die Elektrifizierung der städtischen Busflotte eingegangen. Die Elektro-Busse sind noch immer nicht geliefert worden. Wir springen oft auf nur unausgereifte, vermeintliche Lösungen, wie z.B. die Technologie der E-Autos. Es bringt nichts, in Panik auf unausgereifte Technologien zu springen und diese mit viel Geld zu pushen. Wir brauchen mehr Geduld, bis kleinere, nachhaltigere Batterien mit einer längeren Lebensdauer auf dem Markt sind. Daher können wir die Entscheidung des Schöffenrates, zu diesem Zeitpunkt den gesamten Busfuhrpark auf E-Busse umzustellen, nicht mittragen.

Im Budget 2025 findet sich nichts zur Unterstützung der luxemburgischen Sprache. Diese braucht Unterstützung, um überleben zu können. Laut Statistikamt ist der Trend katastrophal: Die Zahl der Luxemburgisch sprechenden Bevölkerung ist um 10 Prozent zurückgegangen und liegt nur noch bei 61 Prozent. Auch in absoluten Zahlen ist die Zahl der luxemburgisch sprechenden Bevölkerung um 30.000 Einheiten zurückgegangen. Rechnet man die über 70-Jährigen heraus, sieht die Situation noch dramatischer aus. Unsere Sprache wird immer mehr verdrängt und wenn wir nicht aktiv

gegensteuern, wird sie langfristig aussterben. Was nützt uns ein schönes Bauerbe, wenn die Sprache der „Stater“ verloren geht. Wir hätten uns Maßnahmen seitens der Stadt Luxemburg gewünscht, um unsere Sprache mehr zu unterstützen, beispielsweise, indem man unserer Sprache mehr Sichtbarkeit im öffentlichen Raum gibt.

Das Budget 2025 setzt falsche Prioritäten, weshalb wir es nicht mittragen können.

Rätin Angélique BARTOLINI (CSV): Zunächst möchte ich meiner Kollegin Emilie Costantini danken und sie zu ihrem Haushaltsbericht beglückwünschen, der eine ehrgeizige und zukunftsorientierte Vision widerspiegelt. Ihre Arbeit hebt die wesentlichen Prioritäten für unsere Stadt hervor und zeichnet einen kohärenten Fahrplan für die Herausforderungen unserer Zeit. Unter diesen Prioritäten möchte ich drei Schwerpunkte hervorheben, die mir besonders am Herzen liegen: Umwelt und Nachhaltigkeit, nachhaltige Mobilität und die Digitalisierung im Dienste einer Transformation zur Smart City.

In Emilies Bericht werden innovative Projekte hervorgehoben, die unser Engagement für den ökologischen Wandel widerspiegeln. Die Initiative des digitalen Baum-, Dach- und Grünflächenkatasters zum Beispiel ist ein wertvolles Instrument, um unser Naturerbe besser zu kennen und zu verwalten. Darüber hinaus ermöglicht die Photovoltaik-Kartierung mithilfe fortschrittlicher Technologien die Identifizierung von Dächern, die für die Installation von Solarmodulen geeignet sind. Diese Art von Innovation ist entscheidend, um unsere Energiewende zu beschleunigen und unseren ökologischen Fußabdruck zu verringern. Diese Projekte sind nicht nur eine Antwort auf die aktuellen Umweltprobleme, sondern zeigen auch ein visionäres und verantwortungsbewusstes Management, das einer nachhaltigen Zukunft für unsere Stadt.

Die nachhaltige Mobilität ist ein grundlegender Pfeiler dieses Haushalts und ich begrüße insbesondere den Schwerpunkt auf der Elektrifizierung unserer Busflotte. Dieses Projekt trägt zur Verringerung der CO₂-Emissionen und zur Verbesserung der Luftqualität bei, was für die öffentliche Gesundheit von großer Bedeutung ist. Soziale Auswirkungen durch die Modernisierung unserer öffentlichen Verkehrsmittel: Wir verbessern ihre Effizienz, ihre Zugänglichkeit und ihren inklusiven Charakter. Die Elektrifizierung von Bussen ist ebenfalls ein zentrales Thema. Sie zeigt, dass wir in der Lage sind, konkrete Lösungen für den Bau einer Stadt mit geringem CO₂-Ausstoß zu finden und gleichzeitig moderne Dienstleistungen für unsere Bürger anzubieten.

Schließlich möchte ich die Bedeutung der Digitalisierung und der Umwandlung Luxemburgs in eine Smart City oder intelligente Stadt hervorheben. Eine Smart City ist nicht nur eine technologische Stadt, sondern eine vernetzte und nachhaltige Stadt, in der die Technologien in den Dienst ihrer Bewohner gestellt werden. Dank des Internets, der IOT-Objekte, der intelligenten Sensoren und der Datenanalyse in Echtzeit können wir die Verwaltung unserer Infrastrukturen verbessern, die Mobilität optimieren und die Sicherheit erhöhen. Indem wir den Zugang zu digitalen Dienstleistungen erleichtern, reduzieren wir unnötige Reisen, steigern die Verwaltungseffizienz und verringern den ökologischen Fußabdruck. Diese Initiativen stärken auch die Bürgerbeteiligung, indem sie unsere Stadt transparenter und zugänglicher machen. Die Digitalisierung ist somit ein mächtiger Hebel, um Innovation und Nachhaltigkeit zu vereinen.

Dieser Haushalt ist mehr als nur ein Finanzplan. Er verkörpert eine klare Vision, um aus Luxemburg eine moderne, nachhaltige und vernetzte Stadt zu machen. Durch die Unterstützung dieser Prioritäten bekräftigen wir unseren Anspruch, ein Vorbild für andere Gemeinden zu sein. Eine Stadt, in der sich jeder Einwohner heute und in Zukunft in einer qualitativ hochwertigen Umgebung entfalten kann, die unseren Planeten

respektiert und durch die Möglichkeiten, die neue Technologien bieten, bereichert wird.

Ich möchte Emilie für ihre vorbildliche Arbeit danken, ebenso wie allen anderen Teams, die an der Umsetzung dieser ehrgeizigen Projekte beteiligt sind. Gemeinsam bauen wir eine Stadt, die entschlossen in die Zukunft blickt.

Rat David WAGNER (déi Lénk): Ich stelle fest, dass sich, seit ich das letzte Mal an einer Budgetdiskussion im Gemeinderat teilgenommen habe, insofern wenig geändert hat, als die Stadt Luxemburg nicht knapp bei Kasse ist. Die Einnahmen werden unterschätzt, die außerordentlichen Ausgaben überschätzt. Das Gleiche gilt übrigens für das nationale Budget. Die Stadt Luxemburg ist Hauptstadt des Landes, was auch eine Reihe von Vorteilen für die Stadt und ihre Bürger bringt. Andererseits sind damit auch große Verantwortungen verbunden, die andere Gemeinden so nicht haben. Dies erklärt auch, warum der Aufteilungsschlüssel der Gewerbesteuer zu unseren Gunsten ausfällt. Manche meinen, dass er zu sehr zu unserem Vorteil ausfällt, doch das ist eine andere Diskussion. Wichtig ist, wie die Gelder genutzt werden. Als Hauptstadt sind wir auch mit anderen Problemen konfrontiert als andere Gemeinden.

Zusammen mit dem Reservefonds und den Überschüssen verfügt die Stadt über 1,2 Milliarden Euro. Wir sind demnach weit davon entfernt, unser Patrimonium an die Chinesen verkaufen zu müssen. Über Geldreserven zu verfügen ist wichtig. Es gilt, diese Reserven nicht zu verpulvern, sondern sie dort zu investieren, wo ein Bedarf besteht: Schaffung von Wohnraum, Schule, Betreuungsstrukturen für Kinder, Mobilität, usw. – also eigentlich alles, was man unter öffentlichen Dienstleistungen versteht. Besser als Almosen, Subventionen und Auslagerungen ist, dass eine Stadt ihre direkte Verantwortung gegenüber ihren Bürgern übernehmen und sich den Herausforderungen stellen, die ein so schnelles Wachstum mit sich bringt.

Auch eine große Gemeinde kann nicht alles alleine leisten, aber vieles in Eigenregie bewirken. Schöffe Mosar hat auf die gute finanzielle Lage der Stadt hingewiesen, aber auch auf die Prekarität, die dadurch bedingt ist, dass die Finanzen der Stadt stark vom Finanzplatz Luxemburg und vom staatlichen Umverteilungsschlüssel abhängen. Aktuell profitiert der Haushalt der Stadt Luxemburg von den hohen Zinsen, wodurch die Gewinne der Banken zugenommen haben. Die Prekarität, auf die Herr Mosar hingewiesen hat, sollte aber auch ein Grund mehr sein, die Stadt Luxemburg resilienter zu machen, dies durch hohe Investitionen und den weitestgehenden Verzicht auf Externalisierung von öffentlichen Diensten. Dies erlaubt der Stadt, das nötige Know-How zu erhalten, um auf ihre eigenen Ressourcen zurückgreifen zu können, falls es hart auf hart kommen sollte. Wir müssen leider feststellen, dass immer mehr Dienste an Privatgesellschaften ausgelagert werden, ein Trend, der sich auch im Budget 2025 niederschlägt (*„honoraires de consultance externe, contrats de maintenance, autres charges externes diverses, frais de surveillance“*). Im Budget 2024 waren hierfür 41,3 Millionen Euro eingeschrieben. Im Budget 2025 sind 58,8 Millionen Euro (+ 42 %) vorgesehen (ohne Konventionen, welche die Stadt mit verschiedenen Vereinigungen abschließt). Es ist demnach die klare Tendenz zu erkennen, dass die Stadt ihre Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit immer mehr an externe Akteure abgibt. Dies geht auch mit negativen Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und die den Arbeitnehmern ausbezahlten Löhne einher: siehe die schlechten Arbeitsbedingungen und Löhne in den Reinigungsunternehmen und Sicherheitsfirmen, wo Arbeitnehmer krass ausgebeutet werden. Wir finden es nicht richtig, dass das Reinigungspersonal in den Zivilhospizen der Stadt Luxemburg ausgelagert wird. Im Jahre 2024 waren noch fast zwei Millionen Euro für Zeitarbeitskräfte vorgesehen. Für das Kantinenpersonal in den Schulfoyers der Stadt

Luxemburg wurden neun Millionen Euro an das Unternehmen Sodexo bezahlt. Im städtischen Busdienst werden Dienste an den Privatsektor für mehr als 64 Millionen Euro ausgelagert (68 %). Dies wirft die Frage nach den Arbeitsbedingungen und Löhnen der Busfahrer auf.

Bei den Kinderkrippen und Schulfoyers fehlt es an einer Strategie. Es sei daran erinnert, dass Frau Mart, als sie Schulschöffin war, sich dahingehend ausgesprochen hatte, dass es eine städtische Kinderkrippe pro Stadtteil geben sollte. Diese Ansicht teilen wir. Kinderkrippen zählen zu den wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen, die eine Gemeinde anbieten sollte. Es sollte die Norm sein, dass Kinderkrippen öffentlich sind, anstatt dass die Allgemeinheit private Kinderkrippen finanziert. Viele Personen haben sich dank des bestehenden Modells eine goldene Nase verdient. Die Stadt Luxemburg zählt derzeit sechs städtische Kinderkrippen. Für eine Stadt, die bald 140.000 Einwohner zählen wird, ist dies extrem wenig. Oberstes Ziel sollte es sein, die Wartelisten abzubauen und mehr öffentliche Kinderkrippen zu schaffen.

Im Budgetbericht von Frau Costantini ist viel von Digitalisierung, von Smart City die Rede. Es handelt sich dabei sicherlich um interessante Themen, doch sollte man nicht in einen Techno-Solutionismus fallen. Man sollte nicht meinen, dass politische, soziale und wirtschaftliche Probleme exklusiv technisch gelöst werden können. Frau Costantini hat den vor vier Jahren verstorbenen, exzellenten französischen Philosophen Bernard Stiegler zitiert, der sich mit dem Einfluss neuer Technologien auf Politik, Kultur und Gesellschaft beschäftigt hatte. Er hatte eine bemerkenswerte Vita: Als Kind einer Arbeiterfamilie in Paris geboren, saß er wegen eines bewaffneten Raubüberfalls im Gefängnis, wurde Mitglied der kommunistischen Partei, verließ diese wieder wegen des Stalinismus, wurde Doktor der Philosophie und kann heute zu den bedeutendsten Philosophen Frankreichs gezählt werden. Bernard Stiegler hat sich sehr kritisch mit dem Thema Künstliche Intelligenz auseinandergesetzt, sie als Gift und Heilmittel zugleich bezeichnet und davor gewarnt, die Technik und die KI dem freien Markt zu überlassen, weil er dies für sehr gefährlich erachtete, mit dem Risiko einer „crétinisation de l'esprit“.

Niemand behauptet, dass die Stadt Luxemburg keine Anstrengungen unternimmt, um mehr Wohnraum zu schaffen. Die Frage ist für wen gebaut wird und welche finanziellen Mittel die Bürger aufbringen müssen, um hier wohnen zu können. Die Schaffung von Wohnraum darf nicht allein dem Privatsektor überlassen werden. Am vergangenen Montag wurde so getan, als ob die Stadt Luxemburg in Bezug auf die Sozial- und Wohnungspolitik landesweit die beste Gemeinde sei. Gewiss leistet die Stadt viel, doch muss man das relativieren, da landesweit in diesem Bereich nur wenig geschieht und viele Gemeinden nicht genügend Sozialwohnungen schaffen, obwohl sie mehr leisten könnten. Die Stadt Luxemburg muss auch mehr erschwingliche Wohnungen („Quota“-Wohnungen) schaffen. In einigen Jahren werden wir um die 1.000 Wohneinheiten in unserem Besitz zählen, dies bei einer Bevölkerung von 140.000 Einwohnern. In Frankreich liegt der Anteil an Sozialwohnungen bei 15 Prozent, in Belgien bei 6 Prozent. Der Anteil an Sozialwohnungen in der Stadt Paris liegt bei 25 Prozent. Um es mit Larry David zu sagen: « Curb your enthusiasm ». Die Stadt Luxemburg beschränkt ihre Anstrengungen auf ein Minimum – auch, wenn man dies auch von anderen Gemeinden sagen kann. *déi Lénk* vermissen eine Wohnungsbaustrategie der Stadt Luxemburg. Gewiss, die Stadt kauft VEFA-Projekte von Promotoren auf, die keinen Absatz mehr für ihre Wohnungen finden, dies auch, weil sie jahrelang Wucherpreise verlangt haben. Der Aufkauf von VEFA-Projekten hatte auch zum Ziel, den Bausektor und Arbeitsplätze zu retten. *déi Lénk* sind der Ansicht, dass eine nationale Wohnungsbaugesellschaft gegründet werden sollte. Das System der liberalen Marktwirtschaft führt dazu, dass immer dann, wenn wir es mit einer Krise zu tun haben, der Staat und der

Steuerzahler wieder eingreifen müssen, um alles zu retten. Die liberale Marktwirtschaft ist demnach eine Art Sozialismus für die Reichen und Kapitalismus für die Armen.

déi Lénk sind weiterhin der Ansicht, dass der Staat und die die Gemeinden so viel wie möglich in Eigenregie in die Schaffung von Wohnraum investieren müssen, so viele öffentliche Wohnungen wie nur möglich schaffen müssen, was sich denn auch auf den Marktpreis auswirken wird.

Als größte Stadt des Landes haben wir die Möglichkeit, im Rahmen von größeren Teilbebauungsplänen Quota-Wohnungen zu erwerben, sprich Sozialwohnungen zu schaffen. Die Stadt respektiert die gesetzliche Minimal-Vorlage, mehr tut sie jedoch nicht. Ich habe die Kollegen in Esch/Alzette und Düdelingen gefragt, wie viele Teilbebauungspläne mit mehr als 25 Wohnungen in ihrer Gemeinde umgesetzt werden. In Esch war es 2024 ein einziges Projekt, in Düdelingen gar keins. So gesehen mag die Stadt Luxemburg gut dastehen, doch könnte sie über das gesetzlich vorgeschriebene Minimum hinausgehen und 20, 25 oder 30 Prozent an Sozialwohnungen pro Teilbebauungsplan schaffen. Seit 50, 60 Jahren – mit nur einer kurzen Unterbrechung –, wo DP und CSV die Geschicke der Stadt Luxemburg leiten, fehlt es an einer Strategie.

Inwieweit überprüft die Gemeinde, ob die Bestimmungen des Flächennutzungsplans für „HAB-1“-Zonen eingehalten werden? Es scheint die Tendenz zu geben, dass Einzelzimmer zu horrenden Preisen vermietet werden – bis zu 6 Zimmer in einem Einfamilienhaus mit drei Wohnebenen –, d.h. dass die Bestimmungen des Flächennutzungsplans nicht eingehalten werden. Da gibt es folglich Menschen, die sich illegal eine goldene Nase daran verdienen. Werden Kontrollen durchgeführt?

Die DP-CSV-Majorität ist voll des Lobes für die Sozialpolitik der Stadt Luxemburg: Anhebung der Energie-Prämie, Anhebung der Teuerungszulage, nachdem auf nationaler Ebene von der CSV-DP-Regierung eine Abschaffung von Energie-subsventionen beschlossen und von allen Mitgliedern des Schöffenrates in der Abgeordnetenversammlung abgesegnet wurde. Die Stadt Luxemburg beschließt eine Erhöhung des Wasserpreises. Rat Benoy hat zurecht darauf hingewiesen, dass der Schöffenrat, statt vor allem den variablen Teil des Preises zu erhöhen, eine massive Preissteigerung beim Festbetrag vornimmt. *déi Lénk* setzen sich nach wie vor für eine Staffelung des Wasserpreises ein. Wir fordern eine Politik der Gerechtigkeit. Es wird oft darauf hingewiesen, dass niemand in Luxemburg auf der Straße zu leben brauche. Wir erleben jeden Tag das Gegenteil. Es gibt nicht genügend Sozialwohnungen und Notunterkünfte. Wie steht es um den Ausbau des *Housing First*-Angebots? Sozialpolitik ist nicht nur Almosenpolitik, indem man die Menschen zum Sozialamt schickt, damit sie dort Hilfe beanspruchen können. Die Stadt Luxemburg ist Hauptstadt, und wir müssen verstehen, dass wir viele Vorteile, aber auch große Verantwortung tragen. Wir haben hier in Luxemburg eine lange Tradition des „Nachtwächterstaats“, der nur minimal in das Leben der Bürger eingreift und viele Dienstleistungen auslagert.

Ich komme nicht umhin, auch das Caritas/HUT-Dossier anzusprechen. Es ist nicht normal, dass eine Vereinigung wie Caritas so viele Dienstleistungen übernehmen muss, wo doch eigentlich die öffentliche Hand aktiv werden müsste. Gerät eine Vereinigung wie die Caritas in Turbulenzen, stehen viele Existenzen auf dem Spiel und dann muss erneut die öffentliche Hand als Retter einspringen – nachdem die gleiche öffentliche Hand die Vereinigung fallengelassen hat. Die Stadt Luxemburg hat eine Konvention unterschrieben, die eine Vertraulichkeitsklausel gegenüber der Presse beinhaltet, was wir als problematisch erachten. Im von der Abgeordnetenversammlung eingesetzten Spezialausschuss sind in dieser Woche wieder Dinge zu Tage gekommen, die dazu führen, dass wir nicht mehr wissen, ob die abgeschlossenen Konventionen überhaupt legal sind. Gewiss, wir müssen aus dem von der

Regierung organisierten Schlamassel herauskommen, weshalb wir auch den Abschluss von Konventionen unterstützen. Man kann die Caritas nicht fallen lassen.

Es bleibt unklar, wie viele der im Rahmen von VEFA-Projekten zu schaffenden Wohnungen bezahlbare Wohnungen sein werden und wie viele zur Miete angeboten werden. *déi Lénk* sind der Ansicht, dass vor allem VEFA-Wohnungen zur Miete angeboten werden müssen.

Im Budgetbericht lesen wir: « Afin de combler provisoirement le déficit de la caisse de pension des fonctionnaires et employés communaux et en attente d'une solution plus durable, à partir du 1^{er} janvier 2024, le taux de cotisation pour la pension payée par la commune pour les fonctionnaires a été relevé de 20,3 % à 28,01 %. » Uns würde interessieren zu erfahren, was der Schöffenrat unter einer „solution plus durable“ versteht, dies vor dem Hintergrund des Kuddelmuddels auf Regierungsebene und dass man nicht weiß, wie es mit den Pensionen im Privatsektor und im öffentlichen Sektor weitergehen wird. *déi Lénk* werden das Budget 2025 nicht mittragen.

Rätin Maxime MILTGEN (LSAP): Auch ich möchte mich bei Frau Costantini für ihren Bericht bedanken und auch allen Mitarbeitern der verschiedenen Dienststellen für ihre Arbeit danken. Ich werde gleich mit der Tür ins Haus fallen und sofort die Punkte ansprechen, die uns am meisten stören.

Der Gemeinderat ist aufgerufen über den Haushaltentwurf 2025 zu befinden. Die Majorität spricht von einem ambitionierten Budget, vor allem in Bezug auf die Wohnungspolitik. Die Realität zeichnet ein anderes Bild. Die Hauptstadt befindet sich in einer Wohnungskrise, und dies nicht erst seit gestern. Diese Wohnungskrise ist nicht nur symptomatisch für unsere Stadt, sondern auch für die langjährige politische Verantwortung des Schöffenrates, vor allem die einer im Schöffenrat vertretenen Partei.

Der Internetplattform der Stadt Luxemburg ist zu entnehmen, dass die Stadt derzeit im Besitz von 618 Sozialwohnungen ist. Finanzschöffe Mosar sprach am vergangenen Montag von 800 Sozialwohnungen. Unabhängig von dieser Unklarheit ist unsere Hauptkritik die, dass sogar, wenn wir die 206 angekündigten zusätzlichen Wohneinheiten hinzurechnen, wir die Zahl von 1.000 Sozialwohnungen nicht erreichen werden. Dies entspricht einem Anteil von 0,0075 Sozialwohnungen pro Einwohner – eine Zahl, die nicht nur erschreckend ist, sondern vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Stadt Luxemburg fast schon als peinlich und verantwortungslos gesehen werden kann, dies besonders im Vergleich mit anderen europäischen Städten. Die Stadt Metz zählt 0,13 Sozialwohnungen pro Einwohner, also 17 Mal mehr als die Stadt Luxemburg. Im Vergleich mit anderen europäischen Städten wird es dann richtig dunkel. Ausgehend von 1.000 Wohnungen bei 133.000 Einwohnern entspricht dies 752 Wohnungen pro 100.000 Einwohner für die Stadt Luxemburg – im Vergleich zu verschiedenen europäischen Städten eine Katastrophe. Die Stadt Amsterdam zählt 15.914 Wohnungen pro 100.000 Einwohner, Wien 11.579 Wohnungen, Stockholm 5.120 Wohnungen und Brüssel 3.250 Wohnungen pro 100.000 Einwohner.

Dieser Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Luxemburg-Stadt hat soziale Auswirkungen: Laut dem *Observatoire social* lebte im Jahr 2022 jeder fünfte arbeitende Einwohner an oder unter der Armutsgrenze, dies vor allem wegen der horrenden Wohnungs- und Mietpreise. Die Tatsache, dass berufstätige Menschen sich kaum mehr eine Wohnung leisten können, ist ein Armutszeugnis für die Politik der Stadt Luxemburg. Ich würde mir politische Verantwortung statt Selbstzufriedenheit wünschen. Schöffe Mosar meinte, dass die Stadt sich nichts vorzuwerfen habe, da sie ein Maximum tue und er tatsächlich nicht sehe, was die Stadt noch besser hätte machen können. Diese Aussagen illustrieren perfekt die fehlende Einsicht, dass man jahrzehntelang verpasst hat zu agieren. Seit 54

Jahren trägt die DP die politische Verantwortung in der Stadt Luxemburg. Wer so lange regiert, kann nicht so tun, als ob die aktuellen Probleme urplötzlich vom Himmel gefallen wären. Bescheidenheit und nicht Selbstzufriedenheit wären angebracht. Ich erkenne an, dass die Stadt Luxemburg seit 2023 mehr in den Wohnungsbau und in die Schaffung von Wohnungen investiert, doch liegt der Fokus leider weiterhin primär mehr auf dem Bau von Wohnungen, die eine Mehrheit der Bürger sich finanziell nicht mehr leisten können. Wo bleiben die tatsächlichen Bemühungen der Verantwortlichen, den kommunalen Mietwohnungspark konsequent auszubauen? Die Schaffung von erschwinglichem Wohnraum, die vor allem ihren Ursprung in der im Wohnungsbaupakt 2.0 eingeschriebenen Verpflichtung (Artikel 29bis) finden könnte, wird oft durch die Entscheidung der Stadt durchkreuzt, die Quota-Wohnungen letztendlich doch weiterzuverkaufen, statt sie im Besitz der Stadt zu halten und zu erschwinglichen Preisen auf dem Mietwohnungsmarkt anzubieten. Die Stadt Luxemburg sollte sich verpflichten, Wohnungen langfristig in städtischer Hand zu halten. Die Vorstellung des Schöffenrates von einer verantwortungsvollen Wohnungspolitik deckt sich nicht mit unserer Vorstellung.

Das vorliegende Budget zeigt, dass der Schöffenrat nicht gewillt ist, den Mietwohnungspark der Stadt massiv und konsequent auszubauen. Der Posten 612.00 „Logement“ sieht außerordentliche Einnahmen in Höhe von 8,7 Millionen Euro vor, die der Stadt vom Staat in Form von Subventionen für den Bau von erschwinglichen Wohnungen zurückerstattet werden. Auf den ersten Blick mag dies viel sein, doch könnte es weit aus mehr sein, wissend, dass der Staat den Gemeinden beim Bau von bezahlbaren Wohnungen 75 % des Gestehungspreises zurückerstattet, unter der Bedingung, dass die Wohnungen zu erschwinglichen Preisen vermietet werden. Würde die Stadt Luxemburg die Quota-Wohnungen konsequent in ihren Mietwohnungspark übernehmen, würden die außerordentlichen Einnahmen für 2025 weitaus höher ausfallen.

Ein weiterer Hinweis darauf, dass es nicht Ziel der Wohnungspolitik des Schöffenrates ist, den Mietwohnungspark weiter auszubauen, findet sich auf Ebene der ordentlichen Ausgaben (Posten 612 „Logement“). Bei einer ambitionierten Wohnungspolitik, mit dem Ziel eines Ausbaus des Mietwohnungsparks, müssten die Personalkosten beachtlich steigen, um die Verwaltung der Mietwohnungen stemmen zu können. Im Budget 2023 lagen die Personalkosten bei 3,3 Millionen Euro. Mit 3,8 Millionen Euro sind die Kosten zwei Jahre später kaum höher veranschlagt. Die Stadt Luxemburg vergleicht sich gerne mit anderen Gemeinden im Land. Das macht jedoch nicht viel Sinn, da die Stadt Luxemburg 100.000 Einwohner mehr als die zweitgrößte Stadt des Landes zählt und zudem Hauptstadt ist, wodurch sie über andere Mittel verfügt und eine andere Verantwortung hat. Vor allem aber ist es nie zielführend, sich mit jemandem zu vergleichen, der die Dinge noch schlechter macht als man selbst. Vergleiche mit Städten, die als Vorbilder gelten können, sucht man vergebens. Städte wie Wien, wo der Anteil an geförderten Wohnungen bei 60 % liegt, oder Amsterdam mit einer konsequenten Mietpreisregelung und dem Ausbau eines großen öffentlichen Immobilienparks, beweisen, dass es auch anders geht.

Ich möchte vorab sagen, dass unsere Fraktion das LUGA-Projekt grundsätzlich begrüßt. Das Konzept einer Landesgartenschau eignet sich gut, um die Lebensqualität zu erhöhen, grüne Flächen zu schaffen und Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein zu fördern. Gerade in Zeiten des Klimawandels, der im urbanen Raum immer spürbarer wird, könnte die LUGA eine Chance darstellen, um einen Schritt in die richtige Richtung zu gehen und unsere Stadt nachhaltig auszurichten. Wir haben jedoch den Eindruck, dass hier trotz guter und innovativer Projekte eine Chance verpasst wurde. Die Umsetzung der LUGA lässt zu wünschen übrig und es wurde viel Potenzial verschenkt. Obwohl die LUGA um zwei Jahre vertagt wurde, wurde diese Zeit nicht genutzt, um konsequent

zu planen. Vieles musste im Hauruck-Verfahren erledigt werden, was letztendlich der Qualität des Projektes und der öffentlichen Wahrnehmung des Projektes schaden könnte. Ein zentrales Problem stellt die fehlende Infrastruktur rund um die LUGA dar, insbesondere in den Stadtteilen Grund und Clausen, wo große Teile des Projektes stattfinden werden. Die genannten Stadtteile sind in Bezug auf die zu erwartenden Besucherzahlen infrastrukturell nicht adäquat ausgestattet. Es ist unrealistisch zu erwarten, dass ein einziger Aufzug ausreichen wird. Bereits bei kleineren Events zeigt sich oft, dass die Kapazitäten nicht ausreichen. Von einem Mangel an Parkplätzen gar nicht zu reden. Die Einwohner der Stadtteile Grund und Clausen sind kaum in die Planung eingebunden oder proaktiv informiert worden, dies obwohl sie die Auswirkungen als erstes zu spüren bekommen. Schade ist vor allem, dass die LUGA nicht genutzt wurde, um die bestehende urbane Infrastruktur und den urbanen Raum nachhaltig aufzuwerten und zu begrünen. Warum wurde diese Chance nicht genutzt? Warum ein Projekt von ephemerer Natur mit einem Budget von 3,6 Millionen Euro ausstatten? Man hätte die LUGA und die finanzielle Beteiligung der Stadt Luxemburg nutzen können, um Schulhöfe zu begrünen und Oasen für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Betonwüsten, verschiedene öffentliche Plätze, wie beispielsweise der Place Hamilius, hätten freundlicher, nachhaltiger und grüner gestaltet werden können. Versteckte und ungenutzte Flächen hätten begrünt und revitalisiert werden können. Die LUGA sollte nicht nur ein kurzfristiges Event sein, sondern einen bleibenden Mehrwert für die Stadt und ihre Einwohner schaffen. Uns scheint, dass es mehr um ein Showprojekt geht, das nicht genügend mit einer langfristigen Stadtentwicklung verknüpft ist. 2025 wird zum Jahr der LUGA ausgerufen. Warum wird das Jahr 2025 nicht vor allem unter das Motto der Nachhaltigkeit, der Stadtentwicklung und des Umweltschutzes gestellt? Die Stadt Luxemburg braucht mehr als ein Prestigeprojekt. Es braucht eine umfassende, nachhaltige und seriöse Strategie für die ganze Stadt. Die LUGA könnte Teil dieser Strategie sein.

Der Kultur kommt eine bedeutende Rolle in unserer Gesellschaft zu. Kultur ist nicht nur Ausdruck von Kreativität und Identität, sondern ist auch ein Instrument, um Menschen zusammenzubringen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und neue Perspektiven zu schaffen. Kultur bereichert unser Leben und trägt entscheidend zur Lebensqualität bei. Ganz allgemein zeigen wir uns mit der kulturellen Entwicklung unserer Stadt zufrieden. Das Kulturbudget steigt leicht in allen Bereichen und viele Initiativen werden dank der Unterstützung der Stadt ermöglicht. Dies zeigt, dass die Förderung der Kultur einen zentralen Stellenwert hat. Wir sollten jedoch einen größeren Fokus auf Events für ein jüngeres Publikum legen, z.B. Outdoor-Festivals. Solche Events können auch eine Brücke darstellen, um weniger kulturraffine junge Menschen für Kunst und Kultur zu begeistern.

Die Stadt sollte darüber hinaus dafür Sorge tragen, dass Kulturförderung nicht nur Kunst und Kreativität fördert, sondern auch die Botschaft von Inklusion und Respekt vermittelt. Ein Zugang zur Kultur sollte für alle möglich sein. Die Tickets für kulturelle Events müssen erschwinglich bleiben, besonders für junge Menschen, welche die Bedingungen für den Kulturpass nicht erfüllen. Niemand sollte aus finanziellen Gründen vom kulturellen Angebot ausgeschlossen werden.

Unsere Fraktion begrüßt ausdrücklich die Ambition des Schöffenrates, auf den Weg einer Smart City, einer intelligenten und digitalen Stadt zu gehen. Dies entspricht nicht nur dem Zeitgeist, sondern ist definitiv eine Notwendigkeit, um als Hauptstadt in einer immer stärker vernetzten Welt kompetitiv, attraktiv und zukunftsfähig zu bleiben. Ohne Investitionen in digitale Infrastrukturen, in *Smart Technology* ist es unmöglich, den Bedürfnissen der Bürger gerecht zu werden und den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Die Fortschritte, welche die Stadt Luxemburg in den vergangenen Jahren gemacht hat, verdienen ohne Zweifel Anerkennung.

Die Digitalisierung von verschiedenen Vorgängen im Bereich Mobilität und im Bierger-Center sind wichtige Schritte. Nichtsdestoweniger stellt sich die Frage, ob die aktuelle Herangehensweise ausreicht, um dem Potenzial einer Smart City Rechnung zu tragen. Es stellt sich die Frage, ob 36,6 Millionen Euro reichen werden. Städte im Ausland investieren massiv in den Ausbau von Glasfaser, KI-basierten Systemen, Cyber Security und digitale Inklusion. Auch wenn es stimmt, dass die Stadt Luxemburg in den vergangenen zehn Jahren das Glasfasernetz von 130 km auf 432 km ausgedehnt hat, so stellt dies im Vergleich zu anderen Städten nur einen moderaten Fortschritt dar, vor allem, wenn man bedenkt, dass Städte wie Tallinn, Kopenhagen oder Zürich quasi flächendeckend Glasfasernetze mit diversen Einsatzmöglichkeiten für *Smart Technology* verlegt haben.

Beim Projekt betr. die digitalen „Reider“ handelt es sich nicht, wie gerne dargestellt, um eine Innovation – es ließe sich eher sagen, dass die Stadt Luxemburg endlich im 21. Jahrhundert ankommt. Andere Gemeinden in Luxemburg setzen bereits seit Jahren solche Projekte um. Es war sogar im Gesetzesentwurf der vorangehenden Regierung im Rahmen der Reform des Gemeindegesetzes vorgesehen.

Im Budgetbericht wird auch das PEPPOL-System für die Erstellung elektronischer Rechnungen angesprochen. Auch hier wird getan, als ob es sich um eine innovative Maßnahme der Stadt handele, während es sich in Wirklichkeit um eine gesetzliche Vorgabe handelt.

Mit der Nutzung neuer Technologien (Digital Twins, Data Lake und KI), um den Zustand der Umwelt zu überwachen, setzt die Stadt Luxemburg die richtigen Marksteine. Das Fehlen einer Strategie, um die Stadt vor Cyberattacken zu schützen, bereitet uns jedoch Sorgen. In einer Zeit, in der ausländische Städte und Länder Ziel von Cyberattacken werden, muss eine Smart City zwingend robuste Maßnahmen zum Schutz seiner digitalen Infrastrukturen treffen. Ohne diese Resilienz riskieren wir nicht nur die digitalen Dienstleistungen, sondern auch das Vertrauen der Bürger zu schwächen.

Eine wirkliche Smart-City-Strategie muss mehr bieten. Sie sollte nicht nur bestehende Projekte weiterführen und ein paar neue Tools einführen, sondern neue Standards setzen. Es braucht einen Plan, der Bürgerbeteiligung, Datenschutz, digitale Inklusion und Nachhaltigkeit miteinander verbindet. Viele dieser Punkte finden sich im Plan der Stadt Luxemburg wieder, jedoch fehlt der Zusammenhang, das große Ganze. Digitalisierung und das Konzept einer Smart City bieten enorme Chancen, um mehr Lebensqualität, mehr Nachhaltigkeit und Effizienz zu erreichen, und die Chance, dies zu erreichen, dürfen wir nicht verpassen.

Rat Claude RADOUX (DP): Ich möchte Rätin Costantini dafür danken, dass sie die Diskussionen in der Finanzkommission aufmerksam verfolgt und auf deren Grundlage den Bericht der Finanzkommission in französischer Sprache verfasst hat. Rätin Costantini hat den Bericht in luxemburgischer Sprache vorgetragen. Ich danke auch Finanzschöffe Mosar, Frau Castagna und Herrn Reding vom Finanzdienst und allen, die an der Aufstellung des Budgets beteiligt sind.

Die Finanzen der Stadt Luxemburg sind gesund. Diese gute finanzielle Situation verdanken wir der Tatsache, dass die Einnahmen Jahr um Jahr zunehmen, weil viele Menschen viel arbeiten, viele Unternehmen gut aufgestellt sind und Steuern zahlen und sowohl unser Land als auch die Stadt Luxemburg sich makroökonomisch in einer sehr guten Situation befinden, die wir in Anbetracht der Situation in anderen Ländern sehr zu schätzen wissen sollten. Wir sollten uns aber auch bewusst sein, dass eine derart gute Situation nicht ewig erhalten bleiben wird. Demnach gilt es, mit den uns zur Verfügung stehenden Geldern gut und besonnen umzugehen. Wir müssen langfristig, nachhaltig investieren und dafür Sorge tragen,

dass die Gelder im Interesse der Bürger und der kommenden Generationen gut eingesetzt werden.

Mich plagt kein schlechtes Gewissen, dass die Stadt Luxemburg etwas mehr Gewerbesteuern aus dem Gemeinschaftstopf bezieht als die anderen Gemeinden. Die Mehrheit der Unternehmen und auch die meisten Arbeitsplätze sind auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg angesiedelt, so dass eigentlich die gesamten Einnahmen aus der auf dem Territorium der Hauptstadt erhobenen Gewerbesteuer der Stadt Luxemburg zukommen müssten. Zusammen mit der Regierung haben wir uns auf einen Verteilungsschlüssel geeinigt. Es gilt auch darauf hinzuweisen, dass die Stadt Luxemburg mehr investieren und mehr bereitstellen muss, damit die Wirtschaft des Landes, die viel von der wirtschaftlichen Situation Hauptstadt abhängig, funktioniert.

Verschiedene Redner meinten, dass die Stadt nicht genug Mitarbeiter einstelle und Dienstleistungen auslagere. Im Jahr 2008, als ich Budgetberichterstatteur der Finanzkommission war, zählte die Stadt Luxemburg 3.400 Mitarbeiter. In der Zwischenzeit sind es 4.636 Mitarbeiter, und wir wissen alle, dass noch Posten zu besetzen bleiben, dass wir neue Mitarbeiter einstellen werden, sofern wir diese finden, und es bis zur Besetzung verschiedener Posten manchmal länger dauern kann. Wir wissen alle, dass nach wie vor Busfahrer- und Erzieherposten offenstehen und wir versuchen, diese zu besetzen. Das Problem des Zugangs zu den Personalressourcen, die erforderlich sind, um alles bewerkstelligen zu können, was wir bewerkstelligen wollen, stellt sich nicht nur in Luxemburg, sondern in ganz Europa. Die Stadt Luxemburg und auch die Betriebe finden nicht genügend Personal. Dieses Problem auszublenden, zeugt von Blindheit. Ich hoffe, dass es uns gelingen wird, die noch offenstehenden und geplanten Stellen zu besetzen.

Es wurden Aussagen gemacht wie „Wollen wir wachsen?“ und „Sollten wir nicht aufhören zu wachsen?“. Im Jahr 2008 zählte die Stadt 80.000 Einwohner. Heute zählen wir 140.000 Einwohner. Es wurden Städte angeführt und für das gelobt, was sie leisten. Es wurde jedoch keine Stadt genannt, deren Einwohnerzahl sich zwischen 2008 und 2024 um fast 80 % erhöht hat. Diese zusätzlichen Einwohner wohnen alle in der Stadt Luxemburg. Von 2008 bis heute wurde Wohnraum für 60.000 zusätzliche Einwohner geschaffen. Sicherlich wäre es gut, wenn wir noch 20.000 Einwohner mehr hätten – nicht, weil ich mir eine größere Stadt wünsche, sondern weil es die erklärte Politik des amtierenden Schöffenrates ist – und auch vorangehender Schöffenräte war –, in unserer Stadtentwicklung eine angemessene Relation zwischen Arbeiten und Wohnen zu erreichen. Unter einem gesunden Wachstum verstehe ich, wenn es gelingt, Arbeitsplätze und Wohnraum in räumlicher Nähe zu schaffen, damit nicht Hunderttausende Menschen täglich zwischen Luxemburg-Stadt und ihrem Wohnort pendeln müssen. Kürzere Wege sind besser für die Umwelt und für die Lebensqualität. Das ist die Richtlinie, die der amtierende Schöffenrat verfolgt, und es war auch die des vorangehenden Schöffenrates.

Ich weiß nicht, woher die Idee kommt, dass die ideale Welt darin bestehen würde, wenn 100 Prozent der Wohnungen Sozialwohnungen wären. Der etwas dirigistische Anspruch, wie Wachstum und Wirtschaftspolitik zu sein hätten, erinnert an die Politik osteuropäischer Länder zwischen 1920 und 1990. Es ist kein Ziel an sich, dass Menschen in Sozialwohnungen leben, und das Beispiel der Stadt Wien, das immer wieder angeführt wird, gilt es unter dem Aspekt der Geschichte des sozialen Wohnungsbaus in Wien zu betrachten. In den 1870er Jahren hatte die Stadt Wien mit einem massiven Wohnungsmangel zu kämpfen. Es fehlten vor allem Wohnungen für Arbeiter. Dieses Problem spitzte sich nach dem Ersten Weltkrieg dramatisch zu, und viele Menschen lebten in Holzhäusern in den Parks. Hunderttausende Menschen waren nach Wien gezogen und hatten keine anständige Wohnung.

Die Zustände in den Mietshäusern waren schrecklich. Eine sozialistische Stadtregierung hat damals entschieden, massiv in den Bau von Wohnungen zu investieren, auch, um bessere hygienische Bedingungen zu schaffen.

In der Stadt Luxemburg war es während 50 bis 100 Jahren Ziel der Politik, die Menschen dabei zu unterstützen, sich eine eigene Wohnung bauen oder kaufen zu können. Der Zugang zu Privateigentum war das Rückgrat der Wohnungsbaupolitik in Luxemburg während 100 Jahren. Dies hat gut funktioniert. Heute zählt die Stadt Luxemburg 60.000 mehr Einwohner als 2008. Geht man von einem Durchschnitt von zwei Bewohnern pro Wohnung aus, wurden in der genannten Periode ungefähr 30.000 Wohnungen geschaffen. Es wurde bemängelt, dass die Stadt Luxemburg nicht viele Sozialwohnungen gebaut habe. Der *Fonds du Logement* hat in der genannten Periode zwischen 150 und 200 Wohnungen auf Stadtgebiet gebaut. Die SNHBM hat ebenfalls Wohnungen gebaut, kann aber nicht mit dem Privatsektor konkurrieren. Das heißt nicht, dass man dem Markt freien Lauf lassen soll, vielmehr muss man die Entwicklung im Auge behalten. Grundlegend stellt Privateigentum in meinen Augen nichts Schlechtes dar. Ich bin nicht unbedingt dafür, dass alle Menschen in einer sozialen Mietwohnung leben sollen. Da in der Tat viele Menschen aus unteren Einkommensgruppen es schwer haben, auf dem Stadtgebiet eine erschwingliche Wohnung zu mieten, setzt diese Majorität – wie bereits die vorherige – auf Investitionen in soziale, erschwingliche Mietwohnungen. Wir meinen nicht, dass wir die ganze Welt retten können, sind jedoch der Ansicht, dass wir in der Verantwortung stehen, zu investieren. Die Jahre 2024 und 2025 zusammengekommen, investiert die Stadt Luxemburg 400 Millionen Euro in VEFA-Projekte, Quota-Wohnungen und Grundstücke – eine enorme Summe, die von einer gezielten Maßnahme zeugt, um in der jetzigen Situation den bezahlbaren Mietwohnungsmarkt zu adressieren, aber auch um dem Bausektor unter die Arme zu greifen, den es braucht, damit in den kommenden Jahren weitere Wohnungen gebaut werden können.

Seit Jahren investiert die Stadt Luxemburg substantiell in die Schaffung zusätzlichen Wohnraums, entwickelt eigene Teilbebauungspläne, kauft VEFA-Projekte auf und erwirbt Quota-Wohnungen. Da die Verwaltung der stadt eigenen Wohnungen und die budgetäre Verwaltung somit immer komplizierter werden, sollten wir uns für die Budgetausführung und die -überwachung ein anderes Instrument geben. Daher mein Vorschlag, in den kommenden Monaten eine Tabelle zu erstellen, die über die Projekte informiert, die sich in der Durchführung befinden (Wohnungen, die wir bauen; Wohnungen, die wir kaufen), über die Finanzierung dieser Projekte (aus Eigenmitteln; über den Wohnungsbaupakt 2.0) und über die Art der Wohnungen (bezahlbare Mietwohnungen; Wohnungen in Erbpacht). Was die Verwaltung der gemeindeeigenen Wohnungen angeht, wird der Schöffenrat, wie in der Schöffenratserklärung angekündigt, zusammen mit den Dienststellen an der organisatorischen Anpassung arbeiten. Wir hoffen, bald mehr Informationen zu diesem Thema erhalten.

Im Budget 2025 sind noch keine Einnahmen aus dem Wohnungsbaupakt 2.0 eingeschrieben. Diese Subventionen zu beantragen, erweist sich als sehr kompliziert. Die Dienststellen werden uns in einer nächsten Sitzung der Finanzkommission hierzu genauere Erklärungen geben. Es bleibt zu hoffen, dass die Schlussfolgerungen der Analyse dazu führen werden, dass es zu Vereinfachungen kommen wird, die den Bedürfnissen der Stadt Luxemburg entgegenkommen.

Ich möchte mich ausdrücklich bei den Dienststellen bedanken, die uns zweimal jährlich ein „suivi des projets d'investissement d'envergure“ vorlegen. Wir erhalten somit Erklärungen darüber, wie weit die einzelnen Projekte vorangeschritten sind, ob und warum es Überschreitungen von Kostenvoranschlägen gibt – alles mit dem Ziel, uns eine bessere Übersicht zu gewähren. Im Zusammenhang mit den

Projektkostenabrechnungen gilt es zu betonen, dass quasi alle Bauabrechnungen unter den veranschlagten Kosten liegen. Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen, einen großen Dank an unsere Dienststellen auszusprechen.

Unsere Fraktion trägt die von der Stadt Luxemburg getätigten Investitionen mit. Verschiedene Investitionen wurden bereits vom Gemeinderat gebilligt, andere sind für die kommenden Jahre geplant, so beispielsweise Investitionen in Schulinfrastrukturen. Mir liegt das Schulprojekt im Bahnhofsviertel sehr am Herzen. Wir sollten uns ein konkretes Zeitfenster geben, damit das Projekt in die Gänge kommt. Wir alle wünschen uns, dass Projekte besser schon heute als morgen umgesetzt werden können. Wenn ich mir zu Weihnachten etwas wünschen dürfte, wäre es, dass der Haushalt 2026 konkretere Angaben zu diesem Projekt enthält.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Damit hätten wir die Budgetdiskussionen abgeschlossen. Am kommenden Montag wird der Schöffenrat zu den Interventionen der Gemeinderäte Stellung nehmen.

II. UMWELTBERICHT 2021/2022 UND UMWELTAKTIONSPLAN

Schöffe Maurice BAUER: Der Umweltbericht und der Umweltaktionsplan 2021/2022 liegen dem Gemeinderat vor. Es handelt sich um ein sehr umfangreiches Dokument, das die vom Koordinationsteam rund um den Umweltdelegierten geleistete Detailarbeit aufzeigt und auch die Arbeit aller anderen Dienststellen, die alle im Sinne einer nachhaltigen Stadt arbeiten.

Es war die Anfrage an den Schöffenrat herangetragen worden, die Vorstellung des Umweltberichtes und die sich daran anschließende Diskussion zu vertagen. Im Zusammenhang mit dieser Anfrage wurde bemerkt, dass, da es sich um die Jahre 2021/2022 handele, es eh egal sei, ob wir den Punkt zeitnah oder erst in einem Monat behandeln. Diese Bemerkung erachte ich unseren Dienststellen gegenüber alles andere als angemessen und sie stößt hier auch auf wenig Verständnis, dies vor dem Hintergrund, dass die vielen Mitarbeiter sich große Mühe gegeben haben, die Dokumente so schnell wie möglich zu erstellen.

Der Bericht ist 200 Seiten stark. Vor zehn Jahren war der Bericht nur halb so umfangreich. Der Bericht ist vielschichtig, begreift er doch die Beiträge fast aller Dienststellen der Stadt. Der Bericht weist auf, wie viel Arbeit bereits in den letzten Jahren geleistet wurde, und ist zudem zukunftsgerichtet.

Dem Gemeinderat liegt der Umweltbericht 2021/2022 vor. Die Erklärungen, warum dem so ist, wurden wiederholt gegeben. Der frühere Umweltschöffe Serge Wilmes und auch Schöffe Goldschmidt hat bereits erklärt, dass wir nicht an die notwendigen externen Daten herangekommen sind. Wir befinden uns nunmehr in der glücklichen Lage, dass dies in Zukunft klappen sollte. Wir sind demnach optimistisch, dass in den kommenden vier bis fünf Monaten der Umweltbericht 2022/2023 vorliegen kann und wir Ende 2025 den Umweltbericht 2024 vorliegen haben, so dass wir dann wieder den normalen Rhythmus erreichen.

Der vorliegende Bericht ist als elektronisches Dokument angedacht, sollen doch aus umweltpolitischen Gründen künftig weniger Dokumente in Papierform veröffentlicht werden. Der vorliegende Umweltbericht kann über die Plattform der Stadt Luxemburg aufgerufen werden. In der Kommission ist die zur Erstellung des Berichtes geleistete Arbeit allseits gelobt worden. Der Bericht erscheint auch dahingehend unter

einer neuen Form, als er dem Anspruch, für alle zugänglich zu sein, gerecht wird und jeder den Bericht auf der Internetplattform einsehen kann. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, unserer Kommunikationsdienststelle und der Dienststelle rund um den Umweltdelegierten dafür zu danken, dass sie dies möglich gemacht haben.

Der Bericht beinhaltet eine Infografik mit Zahlen, die das umfangreiche Datenmaterial zusammenfasst und einen guten Überblick gibt. Es ist angedacht, im Rahmen der Erstellung des Umweltberichtes 2023 eine solche Infografik an alle Haushalte der Stadt Luxemburg zu verteilen, damit die Bürgerinnen und Bürger sehen können, was die Stadt Luxemburg alles unternimmt und sie ermutigt werden, sich selbst im Bereich Umwelt einzubringen.

Der Bericht ist in großer Fleißarbeit erstellt worden und weist eine Zehn-Themen-Struktur auf. Es wird angeführt, was in den einzelnen Bereichen bis Ende 2022 erreicht wurde. Wir schreiben Ende 2024, was bedeutet, dass die in den Jahren 2023 und 2024 erreichten Fortschritte nicht in den vorliegenden Bericht eingeflossen sind. Die 10 Themen sind: Energie und Klima; Wasser; Abfall und Ressourcen; Natur und Biodiversität; Mobilität; Urbanismus und Bau; verantwortungsbewusster Konsum; urbane Gesundheit; Information und Sensibilisierung; Kooperation und Partizipation.

Die ganzen Daten und Informationen wurden vom Umweltdelegierten und seinen Mitarbeitern und zusammen mit den verschiedenen Dienststellen zusammengetragen. Ich bin sehr dankbar für die enorme Arbeit, die das Team rund um den Umweltdelegierten geleistet hat, wissend, dass sie parallel dazu ihrer alltäglichen Arbeit nachgehen. Der Bericht liefert auf faktueller Basis einen detaillierten Überblick über die verschiedenen Maßnahmen und Anstrengungen, die in den genannten Themenbereichen getroffen wurden. Dies zeugt von einer transparenten Politik, die wir fortsetzen wollen.

Da der Bericht dem Gemeinderat zugestellt wurde, werde ich im Folgenden nur kurz auf die einzelnen Themen eingehen. Jedes Kapitel wird auf einer Doppelseite mit KPIs (*Key Performance Indicators*) eingeführt, bestehend aus markanten Zahlen und Tendenzen, die in den darauffolgenden Seiten im Detail erläutert werden.

Energie und Klima. Wie bereits erwähnt, gilt es im Hinterkopf zu behalten, dass sich die Daten auf das Jahr 2022 beziehen und neuere Daten noch nicht eingeflossen sind. Im Jahr 2022 wurde ein Rückgang der CO₂-Emissionen festgestellt und ein Energiesubventionssystem eingeführt. Es wurde mit der Ausarbeitung des Leitbildes mit konkreten Zielsetzungen begonnen. Der Aktionsplan führt die kommenden Aktionen an. Die Stadt Luxemburg setzt ihre Anstrengungen, die CO₂-Emissionen weiter zu reduzieren, fort. Es wird am Klima-Plan gearbeitet. Im Rahmen des Klima-Paktes 2.0 hat sich die Stadt das Ziel gesteckt, die 75-Prozent-Zertifizierung zu erreichen, die „Gold“-Zertifizierung. In den kommenden Wochen und Monaten werde ich hierzu mehr Informationen geben können. Die Aussichten, dieses Ziel zu erreichen, sind gut, da der Schöffenrat sich verpflichtet hat, auf Ebene der Stadtverwaltung nicht erst 2050 klimaneutral sein zu wollen, sondern bereits 2040. Dies zeugt von der umfangreichen und intensiven Arbeit, die unsere Dienststellen auf allen Ebenen leisten, um gemeinsam die Priorität, die der Schöffenrat sich gesetzt hat, nämlich den Klimawandel in den Mittelpunkt unserer Aktion zu stellen, zu erreichen.

Wasser. Die Wasserqualität der Alzette verbessert sich dank zahlreicher Anstrengungen konstant. Die Stadt hat einen Hochwasserrisiko-Managementplan ausgearbeitet. Die erste Phase der Renaturierung der Petrus wurde in Angriff genommen. Der Drosbach wurde renaturiert. Für die Jahre 2023/2024 steht die Modernisierung und der Ausbau der

Kläranlage Beggen an. Wir analysieren derzeit, wie wir den Klärschlamm noch besser verwerten können, ein Thema, das auch auf nationaler Ebene immer mehr in den Vordergrund rückt. Es werden Studien über sintflutartige Regenfälle durchgeführt. In den kommenden Monaten wird die Renaturierung der Petrus in die zweite Phase gehen und danach soll auch die Renaturierung der Alzette in Angriff genommen werden.

Beim Trinkwasser stellen wir einen konstanten Rückgang beim Konsum fest. Diese sehr positive Entwicklung zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger sich der Wichtigkeit des Wassers als Ressource immer bewusster werden. Die Stadt hat die Stelle eines „animateur ressources eau potable“ geschaffen. An der Installation von intelligenten Wasserzählern wird gearbeitet. Die Maßnahmen zum Schutz der Quellen Pulvermühle und Birelergrund werden fortgesetzt. Die Agrarflächen in der Hauptstadt sollen ökologisch noch stärker valorisiert werden.

Abfall und Ressourcen. Die Abfallmengen pro Einwohner gehen zurück. Dies ist u.a. auf eine gezielte Sensibilisierung, auf eine intensivere Mülltrennung zurückzuführen. Die Stadt Luxemburg ist Mitglied beim Syndikat Minett-Kompost, so dass wir unseren Bürgerinnen und Bürgern ein besseres Management ihres Abfalls ermöglichen können (u.a. im Bereich Grünabfälle). Bei Veranstaltungen werden *Cup2Go*-Becher zur Verfügung gestellt und auch diese Maßnahme trägt dazu bei, die Abfallmengen zu reduzieren. Wir arbeiten auch daran, Vereinigungen unsere Hilfe anzubieten, um bei Events die Abfallmengen so weit wie möglich reduzieren zu können. Die Planung für ein neues „Centre de ressources“ in Merl läuft.

Natur und Biodiversität. Im Jahr 2021 hat die Stadt Luxemburg den „Pacte Nature“ unterzeichnet. Es wurde eine Konvention mit dem SIAS-Syndikat abgeschlossen. Die Stadt hat das Projekt „Smart Urban Tree Monitoring“ lanciert. Ein umfassender Managementplan zur Verringerung der Belästigungen durch Saatkrähen auf dem Stadtgebiet ist in Ausarbeitung. Wir streben eine „Pacte Nature“-Zertifizierung (40 %) an. Die Ausarbeitung eines Begrünungskonzeptes wurde in Auftrag gegeben. In unseren Wäldern wurde mit der Schaffung einer „réserve forestière intégrale“ begonnen. Die Roadmap über die Wälder wurde vorgestellt.

Mobilität. Radfahren auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg wird immer attraktiver. Auch die Zahl der Nutzer des öffentlichen Transports steigt weiter. Bereits 2022 hat die Stadt Luxemburg in die Elektrifizierung der Busflotte investiert, Investitionen, die in den Jahren 2023/2024 fortgesetzt werden, mit dem Ziel, Ende 2025 eine Elektrifizierungsrate von 100 Prozent zu erreichen. Das Projekt *Pedibus* wird ausgedehnt. Der Mobilitätsplan wurde 2024 dem Gemeinderat vorgestellt. Zusätzliche kommunale und öffentliche Ladestationen wurden installiert.

Urbanismus und Bau. Die Stadt hat große Anstrengungen unternommen, um ein Kataster der begrünten Dächer zu erstellen. Für 64 % der Wohnungen im Besitz der Stadt und für 74 % der kommunalen Zweckbauten wurden Energiepässe ausgestellt. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für innere Angelegenheiten arbeiten wir an der Erstellung von Richtlinien. Wir arbeiten an der Ausarbeitung einer Bauherrenmappe.

Verantwortungsbewusster Konsum. Auf die Einführung des *Cup2Go* habe ich bereits hingewiesen. Es wurden Lastenhefte für die Schulfoyers erstellt. In all diesen Bereichen sind Fortschritte zu verzeichnen. Auch wurde eine lokale Fair-Trade-Aktionsgruppe ins Leben gerufen.

Urbane Gesundheit. Die Stadt Luxemburg unternimmt weitere Anstrengungen, um die Luftqualität in der Hauptstadt zu verbessern.

Information und Sensibilisierung. Im *City Magazine* sind stets zwei oder drei Seiten dem Thema Umwelt gewidmet. Die Arbeit am Umweltaktionsplan geht weiter.

Kooperation und Partizipation. Es wurden Repair-Cafés ins Leben gerufen. Die Bürger haben die Möglichkeit, in ihrer Wohnstraße für die Bepflanzung um einen der Straßenbäume herum die Patenschaft zu übernehmen. In den vergangenen zwei Jahren liefen die Vorbereitungsarbeiten für die LUGA 2025.

Ich bin jetzt im Schnelldurchgang durch das 200 Seiten starke Dokument gegangen. Vielen Dank für das Interesse an diesem wichtigen Dokument.

Rat Robert PHILIPPART (DP): Meine Glückwünsche für den gut dokumentierten, übersichtlichen und aufschlussreichen Bericht. Ein Umweltaktionsplan stellt ein wichtiges Instrument für die Zukunft unserer Lebensqualität dar und wird von einer Reihe von externen Konventionen begleitet. Im Oktober dieses Jahres verabschiedete der Europarat ein Dokument über Landschaft und Gesundheit, das auf der Überzeugung beruht, dass die Qualität der Landschaft zum Wohlbefinden und zur Gesundheit, sowohl physisch als auch psychisch, beiträgt. Das Ganze ist Teil der Landschaftskonvention des Europarates, eine Konvention, die auch von Luxemburg unterzeichnet wurde. Im Bericht wird deutlich Bezug auf diese Konvention gezogen. U.a. geht es um die delicate Frage zur Aufstellung von Windrädern.

Im Bericht wird auch der Umgang mit der Energie thematisiert. Einerseits gilt es aufzuzeigen, wo Energie eingespart werden kann, andererseits zu sehen, wie neue Energien entwickelt werden können. Das Thema durchzieht alle Aktivitäten der Stadt wie ein roter Faden.

Die Renaturierung der Petrusse wurde anfangs von einigen kritisiert, doch heute kann man sagen, dass alle begeistert sind. Auch das Projekt zur Renaturierung der Alzette weiß zu begeistern. Die umweltfreundlichen Projekte im Rahmen der LUGA 2025 zeigen, wie man langfristig Kreislaufwirtschaft und Biodiversität einbinden kann.

Europäische Gremien beschäftigen sich mit dem Thema Umweltkatastrophen. Auf nationaler Ebene wurde eine diesbezügliche interministerielle Gruppe ins Leben gerufen, die über Arbeitsgruppen im Dialog mit der Stadt Luxemburg steht. Der Hochwasserrisiko-Managementplan wird in Abstimmung mit den Bürgern und Experten erarbeitet. Besonders zu begrüßen ist, dass die Stadt Luxemburg ein Budget vorsieht, um Bürgern, die vom Hochwasser betroffen sind, zu helfen.

Ich möchte kurz auf einen Punkt zu sprechen kommen, der nicht im Bericht erwähnt wird, jedoch im Rahmen der Budgetdiskussion im Mittelpunkt stand: Smart City und Digitalisierung. Es gibt internationale Gruppen, die sich im Zusammenhang mit dem Katastrophenmanagement mit dem Erhalt des Kulturerbes und der Umwelt befassen. Wälder und geschützte Gebäude wurden entsprechend digitalisiert.

Die Erwärmung des Stadtklimas ist ein weiteres Thema, das uns beschäftigt. Im Bericht werden die verschiedenen Maßnahmen aufgezeigt. Hier sind auch die mobilen Begrünungen zu erwähnen. Besonders gut gefällt mir der Umgang mit unseren Wäldern: Pflanzung von 30.000 Bäumen, elektronischer Baumkataster, Anlegen eines Waldes mit Samen aus luxemburgischen Wäldern auf *Eecherfeld*, ein Wald, der sich selbst überlassen wird (*Bambësch*).

Die Modernisierung der Kläranlage in Beggen zählt zu den großen Projekten. Zu begrüßen sind alle Maßnahmen, die zur Verbesserung der Wasserqualität getroffen werden, sowie die weitere Entwicklung des Abfallmanagements. Es werden CO₂-Messungen durchgeführt. Ich hege jedoch einige

Bedenken in Bezug auf das Vorhaben, die Ergebnisse dieser Messungen zu veröffentlichen. Meine berufliche Erfahrung hat mich gelehrt, dass die Veröffentlichung von Smog-Messungen an verschiedenen Standorten dazu führen kann, dass Touristen Angstgefühle entwickeln und diese Standorte dann meiden. Kommunikation und Information ist zweifelsohne sehr wichtig, doch kommt es auch darauf an, zu wissen, wie man damit umgehen muss, damit die Informationen zielgerichtet bei den Leuten ankommen. Absolut zu begrüßen sind auch die Anstrengungen, die wir unternehmen, um die lokalen Produkte zu fördern und diese in unseren Schulrestaurants zu verarbeiten.

Im Rahmen von Teilbebauungsplänen wird verstärkt auf die Schaffung von Grünflächen und die Förderung von Biodiversität Wert gelegt.

Die Informations- und Sensibilisierungskampagnen im *City Magazine* kommen gut bei den Lesern an. Die Artikel sind ansprechend. Anhand von Bildern und mittels einer „leichten“ Sprache werden die sich stellenden Herausforderungen vermittelt und man erfährt, wie man sich als Bürger persönlich einbringen kann.

Die Stadt ist im Naturpakt eingebunden und wir nehmen eine regelmäßige Bewertung vor. Vielen Dank für den hervorragenden Bericht. Glückwünsche an den Schöffenrat, aber auch an alle, die an der Erstellung des Umweltberichts mitgearbeitet haben!

Rätin Linda GAASCH (déi gréng): Laut Umweltbericht 2021/2022 sind die CO₂-Emissionen auf dem Stadtgebiet im Vergleich zu 2014 um 10 % zurückgegangen und wir sagen, wir seien „on track“. Ziel ist es, eine Reduktion von 55 % Prozent bis 2030 zu erreichen, wobei dies wissenschaftlich betrachtet das absolute Minimum wäre und die Wissenschaftler aktuell sagen, wir müssten einen neuen höheren Prozentsatz anstreben.

Am Montag haben die Medien gemeldet, dass die durchschnittliche Temperatur auf der Erde im November 2024 um 1,64 Grad Celsius höher als in der vorindustriellen Zeit lag und es der siebzehnte Monat in Folge sei, in dem die 1,5-Grad-Schwelle erreicht oder überschritten wurde. Im Pariser Abkommen heißt es, dass der weltweite Temperaturanstieg möglichst auf 1,5 Grad Celsius beschränkt werden soll.

Die Zahlen des Erdbeobachtungsprogramms *Copernicus* der EU sind alarmierend. Ich persönlich mache mir viele Sorgen, wohin unsere Erde steuert, ob wir schnell genug handeln und ob die Menschheit dies schaffen wird. *Copernicus* weist darauf hin, dass die Städte mit ihren Klima- und Umweltplänen ein wichtiger Akteur im Kampf gegen den Klimawandel sind. 2030 liegt nicht in ferner Zukunft, sondern ist übermorgen. Nehmen wir unsere Zielsetzungen tatsächlich ernst? Sind wir gut genug aufgestellt, um die gesteckten Ziele zu erreichen? Sind wir tatsächlich „on track“? Was müssen wir unternehmen, um „on track“ zu kommen, wenn wir es noch nicht sind?

Die Gebäude mit ihrem Bedarf an thermischer Energie machen rund 60 % der CO₂-Emissionen auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg aus. Hier besteht demnach auch das größte Potenzial, um unsere CO₂-Emissionen zu reduzieren. Die zentrale Frage lautet demnach: Was hat die Stadt Luxemburg geplant, um Emissionen schneller zu reduzieren? Wie können wir das Thema konkret angehen? Hierüber erhalten wir keine, oder nur sehr wenige Informationen. Zulagen und Subventionen sind gut und nützlich, reichen aber nicht aus, wenn wir das Thema mit dem nötigen Ernst angehen wollen. Klimaanpassung ist ein wichtiges Thema, dies umso mehr, als extreme Wetterlagen immer häufiger werden.

Die Stadt Luxemburg lanciert eine Ausschreibung zwecks Entwicklung eines Klimaplanes. Einen externen Blick und

innovative und neue Lösungsvorschläge zu erhalten, ist sicherlich wichtig, doch dürfen wir dies nicht als Vorwand nehmen, um die Dinge noch weiter aufzuschieben und eine weitere halbe Ewigkeit zu brauchen, um den Klimaplan umzusetzen. Im Umweltaktionsplan 2021/2022 war die Rede davon, dass unser Klimaschutzkonzept 2021/2022 vorliege. Daher meine Bitte an den Schöffenrat, dies nicht auf der To-do-Liste stehen zu lassen.

Investitionen in grünen Strom und in Biozertifikate mögen uns wohl kurzfristig dabei helfen, unsere CO₂-Emissionen zu reduzieren, doch stellt sich die Frage, ob dies nicht langfristig dazu führen wird, dass wir uns ein „grünes Gewissen“ kaufen, anstatt selbst aktiver zu werden.

Mich schockiert nach wie vor, dass wir für teures Geld Wasseraufbereitungsanlagen bauen müssen, weil auf den Feldern oder in den Gärten im Umfeld unserer Quellen Pestizide eingesetzt werden. Weil wir nicht achtsam mit unserer Umwelt umgehen, verschmutzen wir unser Trinkwasser mit Nitraten und Pestiziden.

Wichtig ist auch, die Verschwendung von Trinkwasser zu vermeiden. Dies kann z.B. erreicht werden, indem wir Regenwasser für die Toilettenspülung und zum Bewässern unserer Gärten nutzen. Es freut mich, dass diese Maßnahme im Bericht erwähnt wird und mich würde interessieren zu erfahren, welche Projekte in diesem Bereich anstehen.

Es gibt auch eine Reihe von positiven Entwicklungen, z.B. die Renaturierungsprojekte, die gut für die Natur und für die Klimaanpassung sind.

Im Kapitel über den Abfall lesen wir: „Allein durch die vollständige Trennung von organischen Abfällen und Papier und Pappe könnte das Gewicht des Restmülls um 55,8 % reduziert werden“. Was will die Stadt Luxemburg unternehmen, um dies anzugehen? Ist eine gezielte Kommunikationskampagne im Sinne einer Abfalltrennung nach mehr Abfallarten geplant?

Im Sinne der Abfallvermeidung kommt dem Second-Hand-Markt eine wichtige Bedeutung zu. Wie weit ist das Projekt des neuen „Centre de ressources“ gediehen? Wäre es nicht möglich, in der Zwischenzeit bereits etwas zu unternehmen, um die Nutzung von Second-Hand-Produkten verstärkt zu fördern?

Dem Jahresbericht des Hygienedienstes ist zu entnehmen, dass eine Delegation aus Ruanda in Luxemburg-Stadt war. Das Land Ruanda ist dafür bekannt, dass es bereits im Jahr 2008 Plastiktüten verboten hat und dann auch *Single-use*-Produkte. Was hat dieser Austausch gebracht? Die Einführung des *Cup2Go* ist zu begrüßen. Was wird zusätzlich unternommen, um *Single-Use*-Produkte zu vermeiden? Was unternimmt die Stadt Luxemburg, um die Vereinigungen bei der Organisation von Events in Bezug auf die Vermeidung von Einweg-Produkten zu unterstützen? Im Bericht lesen wir, dass den Vereinigungen für Ende 2024 ein System zur nachhaltigen Nutzung von Geschirr zur Verfügung stehen wird. Steht dieses System bereit?

Zum Thema Biodiversität lesen wir im Umweltaktionsplan, dass die Stadt sich quantifizierte Zielsetzungen und Indikatoren für die Begrünung im urbanen Raum geben will. Wann sollen diese Zielsetzung und Indikatoren vorliegen? Es ist wichtig, die Biodiversität im urbanen Raum zu fördern und so auch zur Vermeidung von Hitzeinseln in der Stadt und im Sinne der Klimaanpassung beizutragen. Welche Maßnahmen werden getroffen, um dem Rückgang der Artenvielfalt in der Stadt entgegenzuwirken?

Seit 2021 führt die Stadt Kontrollen auf den von ihr verpachteten Ackerflächen durch, um zu prüfen, ob die Bedingung,

die Felder pestizidfrei zu bewirtschaften, eingehalten wird. Es freut mich, das zu hören, da Kollege Guy Foetz von *déi Lénk* und ich selbst eine diesbezügliche Frage an den Schöffenrat gerichtet hatten. Ein Bürger hatte uns über seinen Verdacht informiert, dass diese Auflage nicht eingehalten werde. Was unternimmt die Stadt Luxemburg, falls sich bei den durchgeführten Kontrollen herausstellt, dass trotz allem Pestizide zum Einsatz gekommen sind? Erhält der betreffende Landwirt eine Verwarnung? Wird der Pachtvertrag aufgekündigt?

Aus dem Umweltbericht geht klar und deutlich hervor, dass die Bürger nach wie vor zu viel auf das Auto als Fortbewegungsmittel in der Stadt zurückgreifen. Im Bericht aus dem Jahr 2020 war festgehalten, dass wir für den *Modal Split* quantifizierbare Zielsetzungen definieren würden. Im vorliegenden Bericht lesen wir das Gleiche, so dass nichts passiert zu sein scheint. Hat man auf den Mobilitätsplan gewartet? Was genau ist in diesem Bereich geplant und wie sieht der Zeitplan aus? Die sanfte Mobilität stellt eine Alternative zum motorisierten Individualverkehr dar und muss noch stärker gefördert werden.

Richtlinien für einen nachhaltigen Urbanismus zu erstellen, ist ungemein wichtig. Im Bericht werden interessante Projekte wie Schwammstadt, Begrünung oder *Urban Farming* angesprochen. Und auch hier gilt, dass mit der Umsetzung der Projekte nicht länger gewartet werden darf. Bis wann soll die Bauherrenmappe, die nicht zum ersten Mal im Umweltaktionsplan auftaucht, erstellt sein?

Die Überarbeitung des Bautenreglements wird seit längerer Zeit thematisiert. Wann soll das überarbeitete Reglement vorliegen?

Für die allermeisten Gebäude im Besitz der Stadt Luxemburg wurde ein Energiepass erstellt. Bis wann sollen diese Gebäude energetisch saniert werden, bzw. wie weit sind die Arbeiten bereits fortgeschritten?

Den Bereich „Information und Kommunikation“ betreffend wäre es sinnvoll zu prüfen, ob die verschiedenen Links, die öffentlich aufgerufen werden können, auch funktionieren. Die Artikel im *City Magazine* der Stadt Luxemburg sind sehr interessant, doch wäre es sicherlich sinnvoll, neue Bürger bei der Anmeldung im *Bierger-Center* darüber zu informieren, wo sie z.B. Informationen über die Qualität und den Härtegrad des Trinkwassers, den Anschluss an das Wärmenetz oder die Abfalltrennung erhalten können. Dies würde die Bürger sicherlich dazu anregen, sich stärker für Nachhaltigkeit und eine verantwortungsvolle Nutzung der Ressourcen einzusetzen.

Die zentrale Frage lautet: Wo wollen wir im Jahr 2030 stehen? Wie stellen wir uns die Aktionen vor, die Jahr um Jahr umgesetzt werden müssen, um die gesteckten Ziele zu erreichen?

Der Umweltbericht 2021/2022 und der Umweltaktionsplan sind visuell interessant gestaltet und es steckt viel Arbeit in der Erstellung dieser wichtigen Dokumente steckt. Umso bedauerlicher ist es, dass sie nicht mehr aktuell sind. Es hat mich daher gefreut zu hören, dass die nachfolgenden Umweltberichte und Umweltaktionspläne so schnell wie möglich in der zuständigen Kommission behandelt und dann auch dem Gemeinderat vorgestellt werden sollen, damit wir endlich wieder auf dem neuesten Stand sind und über aktuelle Daten verfügen.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass der Vorschlag von *déi gréng*, die Vorstellung des Umweltberichtes auf die erste Sitzung im Januar 2025 zu verlegen, auf der Überlegung gründete, uns die nötige Zeit zu geben, um eine ausführliche Diskussion über diese Dokumente führen zu können. Wir begrüßen, dass die Diskussion nicht, wie initial

vorgesehen, am vergangenen Montag stattfand, da die Tagesordnung äußerst gut gefüllt war. Es würde uns freuen, wenn auch in Zukunft dafür Sorge getragen werden könnte, die Diskussion zum Umweltbericht und zum Umweltaktionsplan nicht als letzten Punkt einer gut gefüllten Tagesordnung zu behandeln, sondern uns die nötige Zeit für eine eingehende Diskussion zu geben.

Rätin Angélique BARTOLINI (CSV): Zunächst möchte ich dem Team des Umweltdelegierten meinen Dank und meine herzlichen Glückwünsche für seine bemerkenswerte Arbeit aussprechen. Dank ihres Engagements und ihres Fachwissens ist der Klimaschutz für die Stadt Luxemburg weiterhin eine der wichtigsten Prioritäten. Der Bericht, den wir heute diskutieren und der die Jahre 2021 und 2022 abdeckt, ist ein wichtiges Dokument, das die konkreten Maßnahmen, die in diesem Zeitraum durchgeführt wurden, hervorhebt und zeigt, wie die Stadt es geschafft hat, trotz der Einschränkungen, auf die sie gestoßen ist, Fortschritte zu machen. Der Bericht stellt eine solide Grundlage für unsere aktuelle und zukünftige Strategie zur Bewältigung der klimatischen Herausforderungen dar.

Zunächst möchte ich auf einige Schlüsselergebnisse aus diesem Bericht eingehen.

Seit 2014 hat die Stadt ihre administrativen Emissionen um 22 % gesenkt. Dieser Rückgang ist das Ergebnis ehrgeiziger Maßnahmen wie der ausschließlichen Nutzung von Ökostrom seit 2017 sowie kontinuierlicher Bemühungen zur Verbesserung der Energieeffizienz. Der Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix der Verwaltung hat sich weiter erhöht. Wir haben insbesondere daran gearbeitet, die Energieversorgung zu diversifizieren und unsere lokale Produktion zu stärken, zwei wesentliche Achsen für unsere Energiewende.

Ich möchte diese Gelegenheit auch nutzen, um einige aktuelle Projekte zu erwähnen, die diese Ergebnisse ergänzen und unsere Vision für die kommenden Jahre veranschaulichen.

Im Jahr 2024 hat die Stadt Zertifikate im Wert von 36 Gigawattstunden erneuerbarer Energie gekauft. Allein dadurch werden die Emissionen aus Verwaltungstätigkeiten um weitere 40 % gesenkt. Der Einsatz neuer Photovoltaikanlagen wird beschleunigt. Im Jahr 2024 werden acht neue Anlagen eine Gesamtkapazität von 355 kW Peak erzeugen. Im Jahr 2025 werden sieben weitere Anlagen hinzukommen, sodass die Kapazität auf 1.025 kW Peak steigt. Die Elektrifizierung von Bussen, d. h. die Umstellung unserer Busflotte auf Elektroantrieb, ist ein wichtiger Schritt in unserem Kampf zur Reduzierung der verkehrsbedingten Emissionen. Diese Initiative zeigt insbesondere, wie wir nachhaltige Lösungen in allen Bereichen integrieren.

Wenn wir in die Zukunft blicken, bleiben unsere Ziele ehrgeizig, aber realistisch. Wir verfolgen derzeit einen Kurs, der eine Reduzierung der administrativen CO₂-Emissionen um 86 % und eine Senkung des Energieverbrauchs pro Kopf um 44 % zum Ziel hat. Wir wollen einen Anteil von mindestens 37 % erneuerbarer Energien im kommunalen Energiemix erreichen. Mit dem ehrgeizigen Vorhaben, 30.000 Bäume zu pflanzen,

stärken wir nicht nur unsere Klimaresilienz, sondern schaffen auch Grünflächen, die für das Wohlergehen zukünftiger Generationen von entscheidender Bedeutung sind.

Schließlich möchte ich die Teamarbeit würdigen, die diesen Bericht und dieses Ergebnis ermöglicht hat. Das vorliegende Dokument ist ein Beweis dafür, dass die Stadt Luxemburg sich voll und ganz für die ökologische Transition einsetzt und keine Herausforderung scheut, um ihre Ziele zu erreichen. Die Elektrifizierung der Busse, die verstärkte Integration erneuerbarer Energien und die kollektive Mobilisierung unserer Bürger und Unternehmen sind weitere Beweise für unsere Entschlossenheit. Gemeinsam haben wir die Mittel, um Luxemburg zu einem beispielhaften Modell für Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit zu machen. Ich möchte noch einmal allen Teams zu ihrer hervorragenden Arbeit gratulieren. Lasst uns weiter voranschreiten, um den klimatischen Herausforderungen zu begegnen und eine nachhaltige Zukunft für unsere Stadt zu sichern.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Um uns Zeit zu geben, den Umweltbericht im Detail zu lesen, wäre es konstruktiver gewesen, die Debatte erst im Januar 2025 zu führen, wie es die Fraktion *déi gréng* vorgeschlagen hatte.

Es ist wichtig, unsere Umwelt zu erhalten, Verbesserungen herbeizuführen. Zudem ist es wichtig, dass wir verantwortungsbewusst mit unseren Ressourcen umgehen, den Ressourcenverbrauch durch ein verändertes Verhalten sowie durch den Einsatz neuer Technologien und eine Optimierung durch Digitalisierung reduzieren. Wir sollten jedoch nicht in eine Klimapanik verfallen und meinen, dass wir nun unbedingt auf jede neue Technologie springen sollten, von der jemand sagt, dass sie unsere Welt retten werde. Auch kann ich nur davor warnen, in eine Obsession zu verfallen und zu meinen, die Reduzierung der CO₂-Emissionen sei das Wichtigste auf der Welt. Der Erhalt unserer Umwelt, unserer Wälder, die Luft- und Lärmverschmutzung zu reduzieren ist unserer Ansicht nach viel wichtiger, und wir sollten auch aufhören, auf jeden Hype aufzuspringen. So ist z.B. das E-Auto noch nicht massentauglich, und die Ansicht, dass die Elektrifizierung der Autos die ultimative Lösung darstelle, erachte ich als grenzenlos naiv. Auch Initiativen, die im Mainstream herumschwirren und Aussagen wie die, dass Green Deal und Green Investing perfekt seien, oder ESG-Kriterien, sollten wir mit Vorsicht genießen, werden sie uns und unserer Umwelt doch langfristig mehr schaden. Ich sage dies, weil ich seit Jahrzehnten im Risikomanagement arbeite und ich mich als Naturwissenschaftler in diesen Themen auskenne. Ich meine, dass, auch wenn es in guter Absicht geschieht, wir oft Maßnahmen aus einer Panik heraus treffen, die langfristig gesehen negative Auswirkungen haben werden.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Im Rahmen der Stellungnahmen des Schöffenrates zu den Interventionen der Gemeinderäte zum Budget 2025 wird Umweltschöffe Maurice Bauer am kommenden Montag auch auf die im Zusammenhang mit dem Umweltbericht vorgebrachten Bemerkungen und Fragen eingehen.